

Berliner Volksblatt.

Organ für die Interessen der Arbeiter.

Das „Berliner Volksblatt“

erschint täglich Morgens außer Sonn- und Festtagen. Abonnementpreis für Berlin frei in's Haus vierteljährlich 3,30 Mark, monatlich 1,10 Mark, wöchentlich 28 Pf. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit dem „Sonntags-Blatt“ 10 Pf. Postabonnement 3,30 Mark pro Quartal. (Eingetragen in der Postzeitungspreislifte für 1890 unter Nr. 892, V. Nachtrag.)
 Unter Kreuzband, täglich durch die Expedition, für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Insertionsgebühr

beträgt für die 5 gespaltene Petitzeile oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate werden bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition, Berlin SW., Zimmerstraße 44, sowie von allen Annoncen-Bureaus, ohne Erhöhung des Preises, angenommen. Die Expedition ist an Wochentagen bis 1 Uhr Mittags und von 3-7 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen bis 10 Uhr Vormittags geöffnet.
 Fernsprecher: Amt VI. Nr. 4106.

Redaktion: Benthstraße 2. — Expedition: Zimmerstraße 44.

Abonnements-Einladung.

Zum Quartalswechsel eröffnen wir ein neues Abonnement auf das „Berliner Volksblatt“ mit dem „Sonntagsblatt“ als Gratisbeilage.

Unser Blatt kostet **frei ins Haus**

1 Mark 10 Pfennig

pro Monat und 28 Pfennig pro Woche.

Durch die Post bezogen von jetzt ab nur

3 Mark 30 Pf.

pro Quartal (eingetragen in der Postzeitungsliste für 1890 unter Nr. 892 V. Nachtrag).

Unsere geehrten Postabonnenten bitten wir, das Abonnement rechtzeitig zu erneuern, damit keine Verzögerung in der Lieferung eintritt.

Redaktion und Expedition des „Berliner Volksblatt“.

Unsere Expedition befindet sich vom 1. April ab

Benthstraße 3.

Die offiziöse Hexenküche.

Daß die oppositionelle Presse allerorts gegen die Offiziösen scharf in das Zeug geht und endlich die Beseitigung des Treibens dieser Koterie mit allem Nachdruck fordert, ist erfreulich und wird, so hoffen wir, nicht ohne Erfolg bleiben. Denn gerade in diesen Tagen hat es im offiziösen Herentessel wieder geschmort und rumort, daß es eine Art war. Den scheidenden Kanzler haben seine Offiziösen ein Abschiedskonzert bereitet, als ob sie sich damit den „Kommanden Männern“ empfehlen, ihre Leistungsfähigkeit zeigen wollten! Wir würden uns freuen, wenn all diese Liebesmüh' vergeblich wäre, aber wer mag heute wissen, wie es kommen wird? Das Publikum wird mit dunklen und drohenden Notizen überschüttet; die „Kölnische Zeitung“ meldet gar von besondern militärischen Maßnahmen gegen „Ausweichungen

der Sozialdemokratie“; andere offiziöse Blätter malen die Folgen des Arbeiterjuches für die Zukunft in den schwärzesten Farben aus und behaupten, die Herabsetzung der Arbeitszeit in den Staatswerkstätten werde die „Vegehrlichkeit“ der Arbeiter steigern. Auch von den erdichteten oder mindestens unerhört übertriebenen oder aufgebauschten Wahlergebnissen ist wieder viel die Rede; auch nach den Behauptungen dieser Blätter ist Deutschland noch niemals von so allgemeinen und schrecklichen Gefahren bedroht gewesen, als in diesem Augenblick, da der Herr Reichskanzler aus dem Dienste scheidet. So gar der europäische Friede ist angeblich dadurch in Frage gestellt.

Seit Jahren beunruhigt nun diese offiziöse Presse das Publikum mit ihren Alarmnachrichten. Dieser Zustand ist ein unerhörter und kann auf die Dauer nicht gut thun. Er muß beseitigt werden, früher oder später.

In den letzten Wochen hat die offiziöse Presse es mehr als einmal erleben müssen, offiziell dementirt zu werden. Dadurch war auch dem größeren Publikum die Gelegenheit gegeben, Einsicht zu nehmen von der Art, wie diese Presse mit der öffentlichen Meinung umspringt.

Das Uebel ist von zwei Gesichtspunkten aus aufzufassen.

Zunächst ist es freilich der offiziöse Apparat mit Welfensfond und Preszbureau, der die geschilderten Wirkungen hervorbringt. Eine Anzahl Journalisten, schmiegsame Leute, die für baares Geld bei Jedermann Dienst nehmen, wie einst die Landsknechte, erhalten eine Parole und melden diese Parole an die verschiedenen Blätter, zu denen sie in Beziehung stehen, im In- und Ausland. Ein Blatt druckt dem anderen die Neußerungen nach, der Telegraph trägt sie, entsprechend zugesucht, nach allen Richtungen die Windrose und die „öffentliche Meinung“ ist gemacht.

Man kann ohne Schwierigkeit begreifen, daß die Köche am offiziösen Herentessel etwas voraus sehen müssen, ohne daß sie ihr Gebräu nicht an den Mann bringen können, nämlich eine geradezu fabelhafte Leichtgläubigkeit des großen Publikums. Diese Leichtgläubigkeit ist vorhanden und man hat kein Recht, über die biedereren Landbewohner zu sprechen, welche annehmen, eine Sache müsse wahr sein, wenn sie „nur gedruckt“ im Blatte stehe. Dieser kindliche Köhlerglaube besteht in den großen und größten Städten noch im vollsten Maße.

Das große Publikum läßt sich von dem Schein der „Autorität“, wenn er auch noch so matt leuchtet, gleich in seinen Anschauungen bestimmen. Blätter, die zu gewissen politischen Persönlichkeiten und Parteiführern in Beziehung

stehen, können sich handgreifliche und faustdicke Lügen erlauben; man wird sie ernst nehmen. Dazu kommt daß auch die sogenannten Sensationsblätter der Geschmack des Publikums verderben und seine Urtheilskraft schwächen. Das große Kind Publikum will immer etwas neues und Aufregendes haben und da werden entsprechende Neuigkeiten eben fabrizirt.

Das Uebel kann nur dann völlig beseitigt werden, wenn das Publikum sich daran gewöhnt, die Zeitungen kritisch und kaltblütig zu lesen und nicht auf jede Ente hineinzufallen. Freilich wird Jedermann sagen: Ja ja, wir wissen alle, daß es verlogene Blätter giebt. Keiner wird zugestehen wollen, daß er der Dumme ist. Und dennoch ist die Gedankenlosigkeit, der „Unverstand der Massen“, so groß, daß ein offiziöser Entenzüchter immer noch nach Belieben die größte Verwirrung anrichten kann. Von „Bildung“ sprachen wir dabei nicht, denn die „gebildeten“ Raunegieser und Weißbierphilister sind gerade diejenigen, bei deren Gedankenlosigkeit und Denkfaulheit die Lügen der verdorbenen Presse am meisten Erfolg haben.

Allerdings, wo bleibt der schöne Beruf der Presse, der an derselben noch zu bemerken war zu der Zeit, da sie noch Ideale besaß, da sie ihren Stolz darin suchte, dem Volke eine Pfadfinderin, eine Lehrerin, eine Hüterin seiner Rechte zu sein? Ach, welch' unnützer Blunder für das kapitalistische Zeitalter! Seitdem die Presse industrialisirt worden, ist der Idealismus aus derselben verschwunden, die Profitwuth an dessen Stelle getreten. Die Arbeiterpartei, die vielgeschmähte, kann wohl stolz darauf sein, daß ihr von verständigen und ehrenhaften Männern noch Ideale zugesprochen werden in dieser Zeit. Aber auf dem Boden der dem Kapitalismus dienenden Presse, können da noch Charaktere gedeihen, die des Idealismus fähig sind?

So wirkt alles zusammen, um unsere Presszustände so unheilvoll als möglich zu machen.

Die Mittel zur Remedur aber liegen im Publikum selbst. Man muß begreifen, daß man sich nicht gleich über jeden offiziösen Humbug aufzuregen braucht, und man wende sich der unabhängigen Presse zu, die von jenem Humbug unbeeinflusst bleibt. Dann wird ein erträglicher Zustand hergestellt werden; die unaufhörlichen Beunruhigungen und Täuschungen der öffentlichen Meinung werden aufhören.

Wir wissen sehr wohl, daß wir zu viel tauben Ohren sprechen. Aber wir werden deshalb nicht aufhören, gegen die falschen Priester zu kämpfen, die den menschenheitsbefreienden Gedanken Gutenbergs zu einem Werkzeug der Unterdrückung machen wollen.

Feuilleton.

Nachdruck verboten.]

[18

Der Mord auf dem Balle.

Aus dem Leben einer Kreisstadt.

Von J. S. Panow.

Da ich mich nicht verlegt, hatte ich doch die Geistesgegenwart, die von Fräulein Bobrow hinausgeworfenen Gegenstände vom Boden aufzuheben. In der Hast faßte ich das Rasirmesser bei der Schneide, da ich nicht bemerkte, daß es geöffnet war, und verwundete mich schwer an der rechten Handfläche. Ich lief zum Zaun, stieg über denselben und befand mich auf dem „Bellen Plage“. Glücklicher Weise befand sich dort niemand. Ich kam nach Hause gelaufen und legte mich, ohne mich auszukeiden, zu Bett.

Hier unterbrach Tschalow seine Erzählung; seine Brust hob sich schwer; nachdem er einige Sekunden ausgeruht, fuhr er fort:

— Wie soll ich Ihnen das Entsetzen schildern, das dieser Vorfall in mir erregte? Mein Gewissen peinigte mich. Weshalb hatte ich nicht gerufen, Anna Dmitrijewna nicht zurückgehalten? Sie hätte vor Schreck das Rasirmesser fallen lassen und Fräulein Kuslanow wäre gerettet gewesen.

— Hatten Sie am folgenden Tage eine Zusammenkunft mit Fräulein Bobrow?

— Ja. Am folgenden Morgen stand ich sehr früh auf und befahl dem Diener, diese und jene Sachen in einen

Koffer zu packen. Ueber Nacht war ich zu der Ueberzeugung gelangt, daß es mir unmöglich sei, in der Stadt zu bleiben. Meine Wunde konnte Anlaß zu Gerede geben. „Schließlich“, dachte ich, „wonach kann man es wissen? Es ist möglich, daß mich jemand auf der Leiter herabsteigen und über den Zaun klettern sah.“ Eines war mir lästig: was sollte ich mit dem Rasirmesser und dem Diadem beginnen?

Während der Diener meine Sachen einpackte, ging ich auf die Straße und begab mich zu dem Hause, in welchem Bobrow's wohnen. Der Diener wunderte sich nicht über den frühen Besuch, da ich mit dem Major befreundet war und oft zu verschiedenen Tageszeiten zu ihm kam. Er sagte mir, daß der Herr nicht zu Hause sei. Er befand sich auf dem Dorfe. Anna Dmitrijewna war schon aufgestanden. Als sie meine Stimme hörte, kam sie in das Vorzimmer hinaus und lud mich ein, in den Saal zu treten. Wer sie in diesem Augenblick gesehen hätte, der hätte auch nicht den geringsten Zweifel daran hegen können, daß ein schweres Verbrechen auf ihrer Seele lastete.

— Wo ist das Rasirmesser?“ fragte sie hastig. „Geben Sie mir das Rasirmesser, sonst bemerkt mein Bruder sein Fehlen.“

Ich reichte ihr das Rasirmesser und das Diadem. Sie nahm das Rasirmesser, gab mir aber das Diadem zurück, indem sie sagte:

— Bewahren Sie es noch einige Zeit bei sich, und ich laufe es Ihnen um den Preis meiner Hand ab. Thun Sie, was ich sage, es ist nötig. Jetzt begeben Sie sich von hier fort. Mein Bruder kann jeden Augenblick zurückkommen. Es wäre nicht unmöglich, daß er Sie trafe. Ich werde Dein sein ...“

Mit diesen Worten entfernte sie sich rasch und warf die Thür hinter sich zu.

Auf dem Heimwege begegnete ich ihrem Bruder, der in einer Troika vom Dorfe zurückkam; er bemerkte mich nicht.

Zu Hause fand ich meine Sachen gepackt. Ich ließ eine Droschke holen und sagte den Leuten, daß ich nach dem Dorfe zum Vater fahre. In der That wußte ich nicht, wohin ich mich begeben sollte. Nachdem ich eine Strecke weit vom Hause gefahren war, befahl ich dem Droschkenkutscher, mich zum Moskauer Bahnhof zu fahren.

In Moskau angekommen, erinnerte ich mich, daß ich keinen Paß bei mir hatte, und ich wußte nicht, wohin ich mich begeben sollte. Ich schaute mich, mit der wunden Hand zu meiner Mutter und zu meinen Schwestern zu fahren; überdies war ich durch den entsetzlichen Mord so erschreckt, daß ich fürchtete, verfolgt zu werden.

Auf jeder Station schien es mir, als ob mich die Gendarmen mit mißtrauischen Blicken betrachteten. Endlich entschloß ich mich, im Hotel „Mir“ abzustiegen, wo ich ganz unbekannt war.

Das Diadem war mir zur Last. Ich wußte nicht, wo ich mich verbergen sollte, aber es fortzuwerfen, das überstieg angeichts des Lohnes, der mir dafür versprochen worden, meine Kräfte. Ich trug es in der Tasche und betastete es beständig, ob es an seinem Plage sei. Inzwischen schreckte mich die Befürchtung, daß man bei mir Durchsuchung halten und das Diadem finden könnte, immer mehr und versetzte mich in einen fieberhaften Zustand.

Am 22. Oktober verließ ich früh das Hotel mit dem festen Vorsatz, mich von meiner schweren Fracht zu trennen. Als ich mich mit der Absicht, das Diadem in's Wasser

Korrespondenzen.

Paris, den 23. März 1890. Die sozialistischen und Arbeiterorganisationen Frankreichs, welche auf dem internationalen Arbeiterkongress der vereinigten Sozialisten zu Paris vertreten waren, haben ganz besonders in den letzten Monaten eine lebhafteste Agitation zu Gunsten der Manifestation des 1. Mai entfaltet. Die sozialistische Arbeiterpartei, das blanquistische Zentralkomitee, der Nationalverband der französischen Gewerkschaften, der seinen Sitz in Bordeaux hat, die Mehrzahl der unabhängigen Gewerkschaften von Paris treten mit thätigem Eifer für das Zustandekommen einer imposanten Kundgebung ein. In Wort und Schrift, in Versammlungen und Aufrufen, in Artikeln über die Bedeutung der Manifestation, durch Nachrichten über die diesbezügliche Bewegung unter dem Proletariat des Auslandes versuchen sie alles, um die Idee und die Sympathie für die Manifestation aus dem Rahmen der organisierten Arbeiterpartei heraus in die breiten Massen der Bevölkerung zu tragen.

Der Nationalrat der Arbeiterpartei hat das Monatsjournal vom Februar ausschließlich dem Zwecke gewidmet, die Aufmerksamkeit aller der Partei angehörenden Gruppen auf die „ausnahmeweise Bedeutung der Manifestation“ zu lenken, die den Grad des Bewusstseins, des Willens, des Einvernehmens und der gemeinsamen Aktion bezeugen wird, den das Proletariat der ganzen Welt erlangt hat.

Der Nationalrat beschränkt sich darauf, den Appell zu blasen und auf die Bedeutung und Wichtigkeit der Manifestation aufmerksam zu machen, aber es liegt außerhalb seiner Rolle, entscheiden zu wollen, unter welcher Form diese Manifestation stattfinden habe. Die Entscheidung in dieser wichtigen Frage sollte den einzelnen Organisationen überlassen bleiben, damit dieselben bei strengem Festhalten des allgemeinen Charakters der Kundgebung in Erwägung der etwaigen Sonderumstände bestimmen. In Frankreich, wo die gewerkschaftlichen Organisationen noch im Nischenstande sind, ist es sehr zweifelhaft, ob sich ein selbständiges Verlassen der Werkstätten als durchführbar und praktisch erweise. Eine ähnliche Manifestation jedoch, wie sie im vergangenen Jahre in mehr als 50 Städten von den Gewerkschaften veranstaltet ward, indem dieselben durch Delegationen ihre Reformforderungen bei den Behörden einreichen ließen, wäre in einem Lande mit allgemeinem Stimmrecht von großem Gewicht sein.

Der Nationalrat der französischen Gewerkschaften hat gleichfalls Aufrufe und Rundschreiben an alle Korporationsgruppen etc. erlassen, in denen er für die Manifestation Propaganda macht. Auch er hebt in denselben und ganz besonders in dem letzten Zirkular vom 4. März hervor, daß die Manifestation einen „durchaus friedlichen und geselligen Charakter tragen werde, der zu keinerlei Repressivmaßnahmen provokiere, es sei denn, daß der Geist des Hasses und der Ungerechtigkeit gegen die Arbeiter groß genug wäre, ihnen das Recht zu verweigern, frei ihre Forderungen auszusprechen und ihre gemeinsamen Bedürfnisse darzulegen.“

Da der 1. Mai auf einen Wochentag, Donnerstag, fällt, so ist dem Nationalrat der französischen Gewerkschaften vielfach nahe gelegt worden, ob es nicht vorzuziehen sei, die Manifestation auf einen Sonntag zu verlegen, weil man dann auf eine zahlreichere und regere Beteiligung rechnen dürfte und gleichzeitig vermiede, daß Arbeiter wegen Verlassens der Werkstätte Repressivmaßnahmen seitens ihrer Arbeitsherrn ausgeführt würden.

Der Nationalrat der Gewerkschaften erklärt sich trotz dieser Einwände gegen eine Verschiebung des Datums der Manifestation in Frankreich. Er hält an dem 1. Mai fest, damit die französische Arbeiterschaft gleichzeitig mit dem Proletariat der ganzen Welt sein Verlangen nach Reformen, vom internationalen Kongress zu Paris formulierten Reformen, ganz besonders nach dem einstimmig geforderten achtstündigen Normalarbeitstag kund thue, damit durch die Einmütigkeit und Gleichzeitigkeit der Forderung deutlich zur Erscheinung gelange, daß die Lage der Arbeiterklasse in allen Punkten überall bei den Nationen die nämliche ist, wo die moderne industrielle Zivilisation herrscht.

Eine von dem Nationalverband der französischen Gewerkschaften in Bordeaux einberufene Vollversammlung hat schon früher durch Beschluß das Conseil municipal der Stadt auf dem Eintreten für andere Reformen (Ueberweisung der Arbeitsbüros an die Gewerkschaften und Korporationsgruppen der Arbeiter — Ausarbeitung eines Reglements für dieselbe durch die städtische Verwaltung und eine Vertretung der Arbeiterorganisationen — Abschaffung des privaten Stellenvermittlungsbüros — Erweiterung des Gewerkschaftsgerichts) auch dazu aufgefordert, sich der Manifestation des 1. Mai anzuschließen, um deren friedlichen und legalen Charakter zu bestätigen und den Delegationen den Zutritt zu Bürgermeistern und Präfekten zu erleichtern.

Die Haltung des Nationalrats in dieser Frage fühle wieder einmal — wie so viele andere Thatsachen, den possibilistischen Klassen ad absurdum, daß die „Marxisten“ „Autoritär“ seien, deren Führer die Initiatoren der Gruppen vergeblichen und diese von oben herab leitend wollten.

zu werfen, zum Flusse begab, fiel mir zufällig eine Ladenanschrift auf: „Rascher Umsatz aller Gegenstände. Ein- und Verkauf. Davleben gegen Pfand.“

Anfangs wurde in mir der Gedanke rege, das Diadem zu versehen, mit der Absicht, es später durch eine Mittelsperson auszulösen. In meiner Lage erschien mir dergleichen möglich. Ich kehrte in das Hotel zurück, verschloß das Diadem in meiner Reisetasche und begab mich zu dem Hause, an dem ich die Ankündigung gelesen hatte.

Nach Empfang der Besizer des Komtoirs, der sich jetzt als Aron herausgestellt hatte; ich setzte ihm auseinander, um was es sich handelte, und ersuchte ihn, sich mit mir in das Hotel zu begeben. Zu Hause in meinem Zimmer zeigte ich ihm das Diadem, und um die Behauptung, daß die Brillanten mein Eigentum seien, glaubwürdiger zu machen, erzählte ich ihm eine lange Geschichte, wie ich beim Kartenspiel verloren habe und mich in Geldverlegenheit befinde. Der Jude kammerte sich daran, daß die Einfassung des Diadems verbogen sei und ein Stein fehle, und bot für dasselbe 300 Rubel.

„Ich will ich es nicht verkaufen, ich will es versehen.“

„Auch das ist möglich,“ sagte er. „Kommen Sie in mein Komtoir, ich werde Ihnen diese Summe auszahlen. Wenn Sie aber in einem Monat das Geld nicht bringen, wird die Sache mein sein. Geben Sie mir deshalb eine Bescheinigung, daß Sie es mir zu vollem Eigentum verkauft haben. Wenn Sie im Verlaufe eines Monats sich nicht mit dem Gelde einfinden, behalte ich es für mich.“

Ich stellte mich, als sei ich einverstanden, und versprach, es ihm am nächsten Tage zu bringen.

Den Abend und die Nacht verbrachte ich in demselben aufgeregten Zustande. Jedesmal wenn Jemand durch den Korridor ging, glaubte ich schon das Klirren der Sporen zu vernehmen, und von Minute zu Minute erwartete ich, daß ein Polizeioffizier eintreten werde, um mich zu verhaften. Die ganze Nacht brachte ich auf den Stühlen sitzend zu.

Am Morgen rief ich den Hoteldiener herbei und be-

Weiter haben die in Paris wohnhaften 43 Delegirten des internationalen Kongresses einen Aufruf erlassen, der vom Nationalrat der Arbeiterpartei, vom revolutionären Zentralkomitee, den sozialistischen Gruppen der Kammer und des Stadtraths unterzeichnet ist, und der in vielen Tausenden von Exemplaren in Werkstätten und Fabriken verbreitet werden soll. Der Aufruf lautet:

Arbeitermanifestation vom Donnerstag, den 1. Mai 1890. Manifestation der Arbeiter beider Welten, beschlossen

von dem internationalen Kongress zu Paris 1889 behufs Unterstüzung der Forderung einer Reduktion des Arbeitstages auf acht Stunden, Beschränkung der Frauen- und Kinderarbeit, Verbot der Nachtarbeit, Abschaffung des privaten Stellenvermittlungsbüros und des Zwischen-Unternehmertums etc.

In einer Anzahl von mehreren Millionen schieden sich die Arbeiter von Belgien, Deutschland, Oesterreich-Ungarn, England, Holland, Rußland, Spanien, Italien, Dänemark und der Vereinigten Staaten Nordamerika's an, am nächsten 1. Mai aus den Werkstätten hervorzutreten, um durch Meeting's oder Delegationen von den öffentlichen Gewalten in friedlicher Weise diese unerlässlichen Reformen zu fordern.

Arbeiter Frankreichs, die Ihr Euch stets bei der Vorhut befindet, Ihr werdet auch diesmal Eurer Aufgabe gewachsen sein, seines Rechtes bewußt und der Provokation durch Verachtung antwortend, wird Jeder zum Beweise seiner Klasse und der sozialistischen Partei kommen und seine Pflicht thun.

Die sozialistische Gruppe der Kammer: Ferroul, Boyer, Vaudin, Pachige, Thivrier, Franconie, Cluseret.

Die sozialistische Gruppe des Stadtraths zu Paris: Daumas, Longuet, Chauvière, Humbert, Baillant.

Der Nationalrat der Arbeiterpartei: Gamaescafe, Cropin, Dereure, Guesde, Lafargue, Lains.

Das revolutionäre Zentralkomitee: Vaudin, Pachige, Deputirte; Charvière, Baillant, Stadtrathe; Landrin, Sekretär.

Dank der sozialistischen Stadtrathe ist die Frage der Manifestation auch bereits vor den Pariser Conseil municipal gelangt. Daumas brachte den auch von Baillant, Longuet und Humbert, denen sich später der Radikale Cattiaux zugesellte, folgenden Doppelantrag ein:

„In Erwägung des Beschlusses, welchen der internationale sozialistische Kongress zu Paris 1889 bezüglich der Feier des 1. Mai als eines internationalen Arbeiterfestes gefaßt;

in Erwägung, daß die Arbeiter aller Länder an diesem Tage von den öffentlichen Gewalten die Fixirung eines achtstündigen Normalarbeitstages zu fordern gedenken; und in Anbetracht, daß der Stadtrath von Paris stets voran gewesen ist, die gerechten Forderungen der Arbeiter zu unterhalten;

in Anbetracht auch, daß es dem Stadtrath zukommt, in dem Augenblicke, wo sich die Delegirten verschiedener Nationen angeblich mit den Interessen der Arbeiter beschäftigen, klar und nett seine Sympathien für alle zu erklären, welche durch ihre Arbeit das erste und unerlässliche Element des kollektiven Reichthums bilden,

beschließt der Stadtrath: die Werkstätten, Arbeitsplätze und Bureaus der Stadt Paris bleiben am 1. Mai geschlossen; spricht er den Wunsch aus; die Deputirtenkammer möge den 1. Mai als Feiertag erklären.

Der Stadtrath beschließt ferner: am 1. Mai soll auf dem Marsfelde das Fest der Arbeit gefeiert werden.

Der Direktor der städtischen Arbeiten wird aufgefordert, in kürzester Frist ein Programm des Festes der Arbeit beim Conseil municipal einzureichen.

Auf den Einwand, „man habe vergangenes Jahr genug Feste gefeiert“, erwiderte Daumas trefflich, daß es sich diesmal darum handle, die Arbeit zu erheben und zu feiern. Man habe genug Geld für Feste verausgabt, welche nicht ein so edles Ziel hatten.

Der Dringlichkeitsantrag ward natürlich abgelehnt und der Antrag der Arbeitskommission behufs Prüfung überwiesen.

Der sich sonst so radikal gebendende Stadtrath hatte damit wieder einmal bewiesen, daß, wenn man den Radikalen traut, der Bourgeois zum Vorschein kommt.

Der „Temps“ konstatiert mit hämischer Schadenfreude, daß der Antrag „eine ziemlich kalte Ausnahme gefunden, die nicht mehr dem Enthusiasmus gleich, den man früher im Hotel de Ville allen Vorschlägen sozialistischen oder revolutionären Charakters entgegenbrachte.“

Mit Beschränkung der Frauenarbeit ist nur die in solchen Industriezweigen gemeint, in denen die Beschäftigung dem weiblichen Organismus besonders schädlich ist.

auftragte ihn, einen Packträger zu holen. Ich übergab diesem ein versiegeltes Paket, in dem sich das Diadem befand, gab ihm Aron's Adresse an und ließ ihn die Antwort überbringen.

Meine Nerven waren bis zum höchsten Grad erregt. Mir fehlten die Kräfte, um die Antwort abzuwarten. Ich verlangte meine Wohnung, bezahlte und fuhr aus dem Hotel fort, um so schnell als möglich aus Moskau hinaus zu gelangen.

Zwei Stunden brachte ich auf dem Bahnhof zu, den Zug erwartend. Endlich ertönte das Glockenzeichen.

Ich nahm ein Billet und reiste ab. Als ich hier ankam, begab ich mich direkt vom Bahnhof zum Stationsgebäude der Privatpost, nahm Pferde und fuhr nach dem Dorfe.

Untenwegs traf ich mit Anaschew zusammen, der nach seiner Besingung an der Wolga fuhr. Nachdem wir, während unsere Pferde ausruhten, zwei Stunden geplaudert, fuhren wir weiter, jeder in seiner Richtung. Auf der Jagd war ich nicht mit ihm, da ich aber wußte, daß Anaschew nicht weit von dieser Stelle eine Jägerhütte hatte, deren Wächter ich längst kannte, fuhr ich dorthin und blieb dort die ganze Zeit, während meine Wunde heilte, wobei ich dem Wächter sagte, daß ich mich auf der Jagd in die Hand geschnitten habe. Daraus begab ich mich zu meinem Vater, und nachdem ich einige Zeit bei ihm verweilt, kehrte ich zugleich mit ihm in die Stadt zurück.

Obwohl Ihre Erzählung wahrscheinlich ist, so sind doch Ihre Worte allein nicht genügend, um die Geschworenen zu überzeugen, daß Sie, als Sie das Diadem forttrugen, keine räuberische Absicht hegten.

Kann man mich denn des Diebstahls verdächtigen? Meine ganze Beute bestand im Besitz der Hand des Fräuleins Anna Dmitrijevna.

Wie? Auch nach diesem Verbrechen, dessen Zeuge Sie waren?

Ich kann nicht läugnen, daß ich auch nach Vollbringung des Mordes nicht aufhörte, sie zu lieben.

Kam Ihnen aber nicht der Gedanke, daß sie Sie bloß als Werkzeug gebraucht habe und Sie schon zur Ver-

Offenbar kommt die beabsichtigte Manifestation — dies liest man in und zwischen den Zeilen der offiziellen und offiziellen Presse — gegenwärtig höchst ungelegen. Sie ist ein handgreifliches Labels-votum gegen die in Sachen der internationalen Konferenz seitens der Regierung beobachteten Haltung, sie straft die Prosa von den zu wählenden „Nationalinteressen“ Älgen und demaskirt dieselben vor den Augen der Masse als kapitalistische Interessen.

Die Manifestation des 1. Mai wird sich ganz besonders zu einem Protest der französischen Arbeiterschaft dagegen gestalten, daß auf Reserve der Regierung die Tagesordnung der Konferenz um die Frage einer Reduzirung der Arbeitszeit amputirt worden ist.

Die kapitalistischen Organe fürchten weiter, die „Räbelsführer“ der Arbeiterbewegung würden aus der Berliner Konferenz eine Verechtigung zur Veranstaltung der Manifestation herleiten und damit viele „vernünftige und gemäßigte“ Arbeiter dafür gewinnen. Wenn es statthat sei, Fragen über Regelung der Arbeiterverhältnisse, über Reformen auf einer offiziellen, von den Regierungen beschiedenen Konferenz zu erheben, so sei es auch erlaubt, zu Gunsten dieser Reformen zu manifestiren. Was dem Kaiser von Deutschland recht, daß sei der Arbeiterschaft der verschiedenen Länder billig. Aber predigen die kapitalistischen Hauspostillen der Hebrard und tutti quanti Lager ter, man dürfe doch nicht vergessen, daß es sich bei der Konferenz um rein spekulative Erwägungen handle. Die Manifestationen der Arbeiter könnten zwar noch allenfalls friedlich sein, jedoch zweckten sie sicherlich auf praktische und positive Resultate ab, ganz besonders in Bezug einer gesetzlichen Reduktion des Arbeitstages, dieses + + + Gottseibeiuns der Konferenz, den man mit dem kapitalistischen Wehwasser mancherlicher Erwägungen glänzlich gedankt zu haben glaubte.

Die Anstaltsbesitzer winkten außerdem der Regierung mit dem Ganndahl, der Manifestation entgegen zu treten und vor allem größere Züge von Delegationen zu gestatten. Als leuchter des Beispiels wird dem jetzigen Minister des Innern das Vorgehen seines Vorgängers unter die Nase gerieben, der bekanntlich Instruktionen ertheilt, die Delegationen der Gewerkschaften bei der ähnlichen Manifestation vom vorigen Jahre nicht zu empfangen. In manchen gutgesimmten Blättern wird außerdem der Regierung mit der „großen Engherzigkeit des französischen Temperaments“ lange gemacht, dergleichen was in Frankreich vieles unterdrückt und verdrängt müsse, was in New-York, London, Brüssel etc. ruhig vor sich gehen könne.

Ueberflüssig ist wohl zu bemerken, daß die Possibilitäten auch in der Frage der Manifestation sich durch Helfershelferdienste Diebstahl zu machen suchen und unter der Arbeiterschaft nach Kräften abwiegeln.

Trotzdem sieht zu hoffen, daß Dank der Bemühungen der übrigen sozialistischen und Arbeiterorganisationen die Manifestation in Paris und der Provinz einen satthchen Charakter tragen und die an sie geknüpften Erwartungen erfüllen wird. Der Lärm um die eventuelle Beschickung oder Nichtbeschickung der Berliner Konferenz, die Haltung der Regierung hat in Schlingen der Arbeitermasse Interesse und Sympathie für eine Regelung der Arbeitsverhältnisse erregt, in denen bis jetzt die sozialistische Propaganda auf unfruchtbaren Boden gefallen war. Der politisch-patriotische Popanz, den die Herrschenden bei dieser Gelegenheit hervortreiben ließen, und der die Spanen aus dem Feld vertreiben sollte, hat gerade das entgegengesetzte Resultat erzielt. Die Manifestation wird aus der Situation Nutzen ziehen.

Politische Uebersicht.

Graf Herbert Bismark ist der amtlichen Bekanntmachung des „Reichsanzeigers“ zufolge, aus seinem Amt „in Gnaden“ entlassen worden.

Möge ihm der wohlverdiente Ruhestand leicht werden. Als unschätzbliches Spelzzeug wurde ihm „das Kreuz der Großkomthure des königlichen Hausordens von Hohenzollern“ mit auf den Weg gegeben. Er ziehe hin in Frieden!

Nachdem Graf Herbert Bismark aus dem preussischen Staatsministerium entlassen ist, wird ihm zweifelsohne zugleich der Rücktritt von dem Staatssekretariat des Auswärtigen im Reiche bewilligt sein. Es scheint nicht, als solle die Stelle unbelegt bleiben. Von verschiedenen Seiten wird gemeldet, daß Graf Alvensleben, der früher Botschaftsrath in Petersburg, dann Gesandter in Haag, in Washington, und zuletzt in Brüssel war, und inzwischen hier eingetroffen ist, vorläufig mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Staatssekretariats betraut werden solle.

Morgenluft scheinen auch die Karaxier, nicht bloß die Antisemiten zu wittern. Sie haben ihren bereits mehrfach abgelehnten Antrag, die preussische Regierung möge einen Ausnahmetarif für Getreidetransporte aus den östlichen nach den westlichen Provinzen einführen, beim Herrenhaus sowohl

antwortung herangezogen hatte, als sie Sie veranlagte, auf der Leiter zu warten?

— Bisweilen kam mir dieser Gedanke in den Sinn, doch ich drängte ihn mit Entsetzen von mir zurück. Sie ist so jung. Ist es denn möglich, in ihren Jahren so lasterhaft zu sein?

— Woraus schließen Sie, daß der Mensch nur im Alter lasterhaft ist?

— Ich nehme an, daß im jungen Lebensalter das menschliche Herz nicht so hart sein kann.

— Wie erklärten Sie sich die Ursache, welche Fräulein Bobrow zu dem Morde veranlagte?

— Ich habe mir sie gar nicht erklärt. Ich scheute mich, diese Frage zu berühren. Ich dachte, daß es ein ernster Grund sein müsse, und bemühte mich nicht, ihn zu errathen.

— Trafen Sie hier, nach der Rückkehr aus dem Dorfe, mit Fräulein Bobrow zusammen? Ich sah Sie einmal im Klub mit ihr tanzen. Hat zwischen Ihnen keine Verabredung stattgefunden, wie Sie auf die Fragen zu antworten hätten, falls Sie verhaftet würden?

— Nein. Ich schwöre Ihnen, daß wir nicht ein Wort in Bezug auf Fräulein Kuslanow wechselten. Wir scheuten uns, von dem Morde zu sprechen, und erstikten in uns selbst die Erinnerungen daran.

— Nach dem Geschehe bin ich verpflichtet, Ihnen die Aussage des Fräulein Bobrow mitzutheilen. Würden Sie dieselbe nicht hier und da ergänzen?

Nachdem er die Aussage durchgelesen, sagte Tschalow, daß er es nicht für nöthig halte, irgend welche Zusätze zu machen.

— Ich bin gezwungen, sagte ich zu ihm, Sie in Haft zu behalten, so lange sich kein Bürge für Sie findet. Wissen Sie niemanden, der bereit wäre, eine Kaution für Sie zu erlegen?

— Vielleicht mein Vater . . . doch ich zweifle, daß er es thun würde. Ich kenne seine Grundzüge.

Vor seinem Abgange ließ ich Anna Dmitrijevna rufen, um ihr Tschalows Aussage vorzulesen.

(Fortsetzung folgt.)

als beim Abgeordnetenhaus erneuert. Die vielfach offen eingestandene Absicht bei diesem Vorstoße ist, auf Kosten der Staatsbahnen, also der Steuerzahler, das ostpreussische Getreide so billig nach dem Westen zu schaffen, daß damit die hier noch vorwiegende ausländische Einfuhr verdrängt und schließlich der "Segen" der Getreidezölle auch hier von dem nothleidenden Junkerthum eingeheimst wird. Der inzwischen zu trauriger Bekanntheit gelangte Abg. Dr. Wehr gestand dies in der Sitzung des preussischen Abgeordnetenhauses vom 22. Februar 1888 ganz unumwunden mit den Worten zu: "Wir wollen bloß den Zustand, der durch die Schutzzölle geschaffen werden sollte, für uns in Anspruch nehmen." Und "Kreuzzeitung" wie "Reichsbote" erklärten damals ebenso offen, daß es sich darum handle, dem "so sunnigen und verderblichen Zustande ein Ende zu machen", daß "auf dem Markte der westlichen deutschen Städte das amerikanische und indische Getreide die Herrschaft hat, weil es . . . billiger dorthin verbracht werden kann, als das deutsche Getreide aus dem deutschen Osten." Wie gesagt, die Herren müssen Morgenluft wittern, wenn sie jetzt mit einem Antrage wieder kommen, gegen den sich damals nicht bloß der ganze Westen, sondern auch die "Nordd. Allgem. Zig.", der Landes-Eisenbahnrath und die Staatsbahn-Verwaltung auf das Euerzischste wandten. Minister Magbach lehrte nämlich in der bereits genannten Sitzung des Abgeordnetenhauses noch einen anderen Gesichtspunkt sehr zutreffend heraus. Er entgegnete den agrarischen Petenten: "Wir sind ein großer Staat, wir wollen die Interessen des gesammten Landes wahrnehmen; darauf dürfen wir uns also als Regierung nicht einlassen, von Nothstandsfragen abgesehen, den einen Landestheil gegen den anderen zu begünstigen." In der Hochhaltung dieses unantastbaren Gerechtigkeitsprinzips besteht zu einem guten Theile das unzulängliche Verdienst der bisherigen Amtsführung des preussischen Eisenbahnministers. Hofft man, fragt die "Ziff. Zig.", der wir diesen Artikel entziehen, zum Schluß, nun etwa von agrarischer Seite bereits auf den Sturz dieses Systems, welches die preussische Staatsbahn-Verwaltung mit groß gemacht hat, und auf den Ersah des Herrn v. Magbach durch den in diesem Zusammenhang bereits vielgenannten Sproßling einer feudalen Familie?

Der Verband deutscher Eisen- und Stahlindustrieller hat jüngst in Berlin seine diesjährige Generalversammlung abgehalten. Nach Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten empfanden die Mitglieder das lebhafteste Verlangen, sich mit der Arbeiterfrage zu beschäftigen, wenn auch mehr in vertraulicher Weise, da irgend welche Vorlagen nicht vorhanden und die speziellen Pläne, welche die Regierung verfolgen wird, nicht bekannt waren. Es wurde deshalb von jeder Beschlussfassung abgesehen; doch machten sich mehrfach Besorgnisse darüber geltend, daß die vorgehlich in Aussicht genommenen Arbeitervertretungen gerade jetzt (bei der fast in allen Arbeiterkreisen vorhandenen Gährung) weit eher nachtheilig als vorthellhaft wirken könnten.

Der sächsische Landtag wurde am Mittwoch durch den Kriegsminister Graf v. Fabrice geschlossen.

Am Abgeordnetenhaus wurde am Mittwoch die Geschäftslage des Hauses mit Rücksicht auf die nicht rechtzeitige Fertigstellung des Etats kurz eröffnet und von dem Abg. Nidert die Anfrage gerichtet, ob die Regierung in der That nicht gewillt sei, durch die Vorlegung eines Nothgesetzes den rechtlichen Schwierigkeiten aus dem Wege zu gehen. Minister v. Gopler erklärte zwar, über die letzten Sitzungen des Staatsministeriums nicht genau informiert zu sein, fügte jedoch hinzu, daß nicht anzunehmen sei, daß das Staatsministerium bis jetzt sich mit einer derartigen Absicht getragen habe. Von den Rednern der verschiedenen Parteien erklärte nur der konservative Abg. Graf Eimburg-Sturium die Einbringung eines Nothgesetzes für überflüssig; alle anderen erachteten eine gesetzliche Regelung der Sache für erforderlich. Charakteristisch war, daß die Redner der rechten Seite des Hauses, Hr. v. Jodly und Graf Eimburg-Sturium, über die Hinzueziehung der Etatsberatung Klage führten, während beifällig gerade die Redner der Konserverativen am meisten zur Verschleppung der Etatsberatung beigetragen haben. — Das Haus führt darauf die Beratung des Kultusetats ohne Erörterung von erheblicher Bedeutung unter Ablehnung eines vom Centrum gestellten Antrages auf gesetzliche Festsetzung der staatlichen Unterstützungspflicht für die Aufbesserung der Pfarvergelder zu Ende.

Seinen ganzen nationalliberalen Aerger über die sozialdemokratische Wahl in Lübeck ließ der zum Senator avancirte Reichstagsabgeordnete Dr. Klugmann bei der Verhandlung in der Bürgerversammlung über die Frage des Kaiser-Wilhelm-Denkmal's aus. Gegenüber der Frage, ob nicht das Denkmal auf einem öffentlichen Platze aufzustellen sei, sagte Herr Klugmann nach der Hamburger "Reform": Wenn die öffentliche Meinung ein Denkmal auf einem freien Platz wolle, so habe das nichts zu sagen, denn man wisse ja, wie diese öffentliche Meinung gemacht werde. Wenn gesagt werde, das Volk wolle das Denkmal vor Augen haben, dann brauche man sich nur die letzten Wahlen vor Augen zu führen, dann habe man das Volk. Das Volk werde sich wenig aus einem Kaiserdenkmal machen.

In der Untersuchungsfrage gegen eine Anzahl Militärpersonen wegen Verleumdung von Volksschullehrern bei Gelegenheit der im verflochtenen Prozesse stattgefundenen Konferenzen sind nach einer Korrespondenz der "Kreuz. Zig." aus Mainz daselbst nunmehr acht hiesige Volksschullehrer vernommen worden. Zwei dieser Lehrer mußten ihre Aussagen bekräftigen. Sie wurden u. A. auch darüber vernommen, ob ihnen der anonyme Absender des aus Wiesbaden datirten, an das Kriegsministerium in Berlin gerichteten Briefes bekannt sei, durch den das Ministerium Kenntniß von der Behandlung der Lehrer erfahren habe.

Wer theilt? In Wilhelmshaven erregt die Verhaftung zweier Verwaltungsgesetzer der kaiserlichen Werft, sowie eines dortigen Lieferanten großes Aufsehen. Man spricht von Unregelmäßigkeiten beim Verkauf unbrauchbar gewordener Inventarien gegenstände. Bemerklich sei noch, daß der Lieferant ein naher Verwandter des Verhafteten ist. — In Wehr wurde der bayrische Lieutenant Bucher verhaftet, weil er bei der Bataillons-Kantone 20—30 000 M. veruntreut hat. — In Offenbach erregt die Verhaftung des Stadt- resp. Sparfahrgewerbes Joh. Schwarz in allen Kreisen berechtigtes Aufsehen. Schwarz war ein großer Sozialistenreffer, agirtre unermüdlich für unsere Kartellbrüder und veränderte unsern sozialliberalen Spielern in seinen Stammeinen hauptsächlich, daß die "Kassallener" das Eigenthum aufheben wollten. Selbstverständlich fällt es uns gar nicht ein, die Nationalliberalen für diesen Schwarz verantwortlich machen zu wollen, wie sie es in umgekehrten Fall thun. Schwarz hat es verstanden, sich das Vertrauen seiner Vorgesetzten zu erwerben und hatte neben seiner amtlichen Thätigkeit noch eine nicht unbedeutliche Einnahme als Verwalter einzelner Häuser. Die Hauptunternehmungen und Fällungen sind denn auch bei dieser Privatverwaltung vorgekommen; städtische Gelder kommen nicht in Betracht. Eine Witwe ist am schwersten betroffen, sie ist auch die Veranlasserin der Verhaftung. Schwarz hatte ihr Haus so gut verwalet, daß sie selbst schließlich gar kein Geld mehr bekam. Auf ihre Beschwerde bei dem Vorgesetzten, von dem sie seiner Zeit den Herrn Schwarz empfohlen bekommen hatte, bekam die Frau die Erklärung, daß es ihr nichts angehe. Schwarz wurde aber strafverurtheilt und lam aus der Sparkasse in das Meldeamt, damit er

kein Geld mehr in die Finger bekomme. Das genügt der betrogenen Witwe natürlich nicht; sie erstattete bei der Staatsanwaltschaft Anzeige.

Aus dem Saarrevier, 25. März. In den letzten Tagen fanden wieder verschiedene Versammlungen der sarkatischen Grubenarbeiter statt. In denselben wurden nach der "St. Joh. Zig." u. a. das Verlangen ausgesprochen, daß die bekannnten, von oben oktroyirten Arbeiterausschüsse aus der Gesamtheit der Belegschaft einer Inspektion, nicht aber aus den einzelnen Steigerabtheilungen bestimmt werden sollten und daß eine neue Wahl stattfinden müsse. Wiederholt wurden die Verhältnisse auf Grube von der Seydt als die ungünstigsten im ganzen Saarrevier bezeichnet. Die Schichtdauer solle inkl. Ein- und Ausfahrt 8 Stunden, der Lohn nicht unter 4 und nicht über 6 M. betragen. Um Beschwerden über das Verfahren bezüglich der unreinen Kohlen zu beseitigen, sollten in jeder Fabriksteigerabtheilung zwei Mann gewählt und der eine über Tag, der andere in der Grube die beanspruchten Wagen einer Revision unterziehen; einer dieser Revisoren solle von der Grubenvorwaltung, der andere von den Bergleuten honorirt werden. Es wurde auch die kürzlich vom Abg. Doppelius im Landtag geäußerte Ansicht, daß der Bergmann zwei Stunden zum Essen in der Grube Zeit haben müsse und deshalb die Schichtdauer früher so lang gewesen sei, erwähnt und auf das Ungemüthe dieser Aeußerung hingewiesen. Der Bergmann sei mit seinem mehr als färglichen Male in der Grube, bestehend aus einem trockenen Stück Brot und einigen Schluck schwarzen Kaffees in sehr kurzer Zeit fertig. In Neunkirchen theilte der Vorstand des Rechtschutzvereins mit, daß Barlen im Gefängniß sei. Er könne nur gegen eine Kaution von 10 000 M. vorläufig entlassen werden. Die Anwesenden erklärten durch Zuruf, daß sie Bachmann, Barlen und Berwanger niemals im Stiche lassen, sondern treu zu ihnen stehen würden.

Essen a. d. Ruhr, 27. März. Der "N. W. Zig." zufolge sind auf der Zeche "Konsolidation" bei Schalte bei der heutigen Morgenschicht 76 Mann von 430 mit der Schicht I, 75 Mann von 410 mit der Schicht II und 210 Mann von 470 mit der Schicht III unter Tage angefahren. Auf der Zeche "Sikernia" bei Gelsenkirchen sind heute Morgen 400 Mann von 500 der Belegschaft nicht angefahren. Die Zeche "Konsolidation" theilt ihren Abnehmern mit, daß infolge des Ausbruchs die Lieferung von Kohlen unmöglich sei. Auf den Zechen "Shamrod", "Wilhelmine" und "Victoria" arbeitet Alles.

Dänemark.
Kopenhagen, 23. März. Der sozialdemokratische Abgeordnete Holm richtete im Folkething an den Minister des Innern die Frage, ob er eine Vorlage über die Vermehrung der Wahlkreise für die Wahlen zum Folkething nach dem Grundsatze, daß auf je 16 000 Wähler ein Folkethingwahlkreis kommen soll, einbringen wolle. Der Minister antwortete, daß, sobald das Ergebnis der Volkszählung vom 1. Februar d. J. bekannt sein werde, eine solche Vorlage ausgearbeitet werden soll. Der Minister fügte hinzu, daß die Regierung sich schon oft bemüht habe, die Zustimmung des Folkething's für eine Theilung der zu groß gewordenen Wahlkreise, darunter Holm's eigenen, zu erlangen. Wenn ein Abgeordneter für je 16 000 Einwohner gewählt werden soll, würde das Folkething über 20 Mitglieder mehr bekommen.

Großbritannien.
London, 26. März. Somervell (kons.) wurde heute mit einer Mehrheit von 180 Stimmen gegen Routledge (Gladstonianer) zum Abgeordneten für die Arr. Boroughs (Schottland) gewählt. Der frühere Abgeordnete war Gladstonianer. Die Konservativen haben somit den im Jahre 1888 ihnen müßsam und mit einer nur sehr geringfügigen Mehrheit entzogenen Sitz wiedergewonnen. Der unterlegene Gladstonianer ist ein Engländer, was vielleicht zu seiner Niederlage beigetragen hat.

Italien.
Rom, 26. März. Senat. Auf eine Anfrage Briso's, der eine feste Regierung verlangt, erwidert der Ministerpräsident Crispi, er könne versichern, daß die letzten Ereignisse in Berlin die auswärtige Politik Italiens nicht beunruhigt hätten. Die Tripelallianz bleibe dadurch unverändert. Alsdann widerlegt Crispi die Ansicht Briso's, daß die Politik der Regierung dahin gehe, gr. . . . Rüstungen zu veranlassen; Italien habe wohl daran gethan, in die Tripelallianz einzutreten; es hätte dies thun müssen, wenn es dasselbe bisher nicht gethan hätte. Eine andere Politik hätte noch größere Ausgaben, größere Rüstungen veranlaßt, welche von den krankhaften Zuständen Europas abhingen. Italien sei nicht mächtig genug, um diese Lage zu ändern. Der Minister ist der Ansicht, die Rüstungen Italiens seien geringer, als die anderer Länder. In Anbetracht jedoch, daß andere Nationen mehrere Millionen Soldaten unter Waffen stellten, könne man nicht sagen, daß Italien alles Nothwendige gethan habe. Trotzdem gestatte die gegenwärtige militärische Lage, gegen alle Eventualitäten Front zu machen, die daraus hinstielen, den Frieden zu fördern, den man mit Ausbietung aller Kräfte aufrecht zu erhalten suche. Er hoffe, diese Erklärungen würden Briso's zufrieden stellen und ihn zu der Einsicht bringen, daß die innere, wie die auswärtige Politik des Landes nur das Ziel im Auge hatte, dem Lande eine gute Verwaltung und gute Finanzen zu sichern. Alferi gegenüber bemerkte Crispi, die auswärtige Politik lasse sich nicht aus dem Streik machen, das Bündniß sei bereits im Jahre 1882 abgeschlossen worden, es sei nur bemüht gewesen, die Wirkungen desselben noch zu verbessern. Wenn Alferi an seiner (des Ministers) Stelle wäre, so würde er wohl der Erste sein, dem Bündniß Achtung zu verschaffen. Eine Politik der Neutralität, welcher Alferi den Vorzug gebe, würde dem Lande bedeutendere Ausgaben und größere Rüstungen auferlegt haben.

Rußland.
Odessa, 24. März. Der zur Freiwilligen Flotte gehörige Dampfer "Petersburg" ist mit mehr als 600 zur Verbanung Verurtheilten nach der Insel Sachalin abgefahren, nachdem von der ursprünglichen Zahl derselben 10 pct. durch ärztliche Gutachten als zur Seereise unfähig bezehrt worden waren. Daraus mag man einen Schluß ziehen, in welsch' scheußlichem Zustande sich die russischen Gefangnisse befinden — trotzdem der Generalinspektor derselben, Herr Galkin Brassin, Mitglied der Howard-Assoziation ist. Wie derselbe die Aufgaben dieser zur Reform der Gefangnisse gegründeten Gesellschaft aufträgt, geht deutlich aus den Schilderungen der neuesten sibirischen Greuel hervor.

Versammlungen.

Die Freie Vereinigung der Kartonnarbeiter hatte sich am Montag, den 24. d. M., bei Volkmann, Andreasstraße, versammelt, wo Kollege Möglich über die letzte öffentliche Versammlung sprach. Obgenannter schilderte unser Vorhaben bezüglich der achtstündigen Arbeitszeit als ein durchaus gerechtfertigtes und daß sich die meisten Arbeitgeber auch damit einverstanden erklärten, aber wie er gehört hätte, wären Kollegen unter uns, die plötzlich den Plan gestift hätten, auf eine neunstündige Arbeitszeit loszulauern, trotzdem dieselben in der vorhergegangenen Versammlung begeherten, lieber Strafen zu setzen, als eine Minute abzulassen.

An der Diskussion beteiligten sich zuerst die Kollegen Krieke, Mielle, Neumann und Poth, welche der letzten Ausführung des Referenten entgegen traten. Kollege Greifenberg protestirte gegen die gewählte Kommission, es seien noch zu junge Kräfte in derselben und sei dieselbe daher zu verwerfen. Kollege Stein betonte, wie die Fabrikanten bemüht seien, Maschinen ausfindig zu machen, um Arbeitskräfte zu sparen, aber nicht dafür Sorge tragen, wie unsere alt und schwach ge-

wordenen Kollegen Brot finden. Es gelangte nachstehende Resolution zur Abstimmung, indem noch der Vorsitzende ermahnte, daß ein jeder nach bester Ueberzeugung stimmen sollte. "Die heute bei Volkmann versammelten Kartonnarbeiter erklären, an den in der öffentlichen Versammlung gefaßten Beschlüssen betreffs der achtstündigen Arbeitszeit fest zu halten. Die Abstimmung ergab, daß die Resolution einstimmig angenommen wurde."

Eine öffentliche Versammlung der Bürstenmacher, vom Vorsitzenden des Fachvereins der Bürsten- und Pinselmacher Berlins und Umgegend einberufen, tagte am Montag, den 24. März, bei Feuerstein. Tagesordnung: 1. Zentralisation oder Lokalorganisation. 2. Diskussion. 8. Wie stellen sich die Bürsten- und Pinselmacher zum 1. Mai. 4. Verschiedenes. Der Referent Herr Grothmann verwarf die Zentralisation in der heutigen Richtung und trat entschieden für Lokalorganisation ein. Die Diskussion hielt sich im Sinne des Herrn Referenten, nur Kollege Daun spricht für Zentralisation, ohne auf die Lokalorganisation einzugehen; eine abgegebene Resolution: "Die heute hier tagende öffentliche Versammlung der Bürsten- und Pinselmacher Berlins erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten voll und ganz einverstanden und verpflichtet sich alle Anwesenden, dem Fachverein beizutreten, da wir entschieden für Lokalorganisation sind," wurde mit großer Mehrheit angenommen. Zum 3. Punkt sagt Kollege Lindemann, daß wir uns doch am 1. Mai einen Feiertag machen könnten, und der Vorstand des Fachvereins solle für diesen Tag eine öffentliche Versammlung einberufen, Nachmittag soll ein gemeinschaftlicher Ausflug stattfinden. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: "Die heute bei Feuerstein's tagende öffentliche Versammlung der Bürsten- und Pinselmacher Berlins, beschließt, den 1. Mai als Feiertag zu erklären, behufs einer Kundgebung zur Verkürzung der Arbeitszeit. Zum vierten Punkt sagt Kollege Borowski, daß jetzt sogar in den Arbeiterkolonien Bürsten gemacht werden, welche in Berlin abgesetzt werden sollen, und ein anwesender Meister bejätigt dies. Es wurde beschlossen, eine Versammlung einzuberufen, zu welcher die Meister aus eingeladen werden, um Stellung zu nehmen zu dieser Konkurrenz. Die Versammlung soll Montag, den 31. März stattfinden, und durch Säulenanschlag bekannt gemacht werden. Mit einem dreimaligen Hoch auf die internationale Arbeiterbewegung schloß die gut besuchte Versammlung."

Eine Mitgliederversammlung des Vereins zur Wahrung der Interessen der Berliner Knopfabriker tagte am Dienstag, den 26. März in Joel's Salon, Andreasstraße 21 mit folgender Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn Alvin Gerich. 2. Der Streik in der Knopfabrik von G. S. Böhl. 3. Wahl der Lohnarbeits-Kommission für die Hornbranche. 4. Verschiedenes. Zum ersten Punkt der Tagesordnung hielt Herr Gerich einen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag über Ueberöflerung. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung referirte der Vorsitzende über den Streik, bevor er in dieselbe eintrat ermahnte derselbe jedoch einen anwesenden Gast, welcher über die letzten öffentlichen Versammlungen sämtlicher Arbeiter Berlins unvahre Mittheilungen in der Fabrik gemacht hatte und forderte denselben auf, wenn er über die heutige Versammlung Bericht erstatten würde, denselben wahrheitsgemäß zu erstatten, sonst würde er das nächste Mal keinen Zutritt erhalten. Zum Streik übergehend, erklärte der Vorsitzende, daß derselbe für die Streikenden durchaus noch nicht schlecht stände, wenn auch, wie bei jedem anderen Streik, wir hier mit den Streikbrechern zu rechnen hätten; Dank der Organisation ist es gelungen, die Berliner Knopfabriker von jener Fabrik fern zu halten, auch würde jetzt auf einen Zug durchaus nicht mehr zu rechnen sein, denn sind die Knopfabriker der Fabrik die ersten 9 Wochen fern geblieben, trotzdem sie nur halbe und Vierteltage, ja zum Theil garnicht gearbeitet hätten, so werden sie jetzt recht der Fabrik fern bleiben, wo sich allerwärts die Arbeit hebt, und was die Streikenden anbetrifft, so wissen sie was sie zu thun haben, dieselben werden erst recht der Fabrik fern bleiben; namentlich da dieselben ja jetzt ebenfalls zum größten Theil anderwärts untergebracht werden können. In der Fabrik sind bis jetzt nur sieben Knopfabriker aus Berlin und zwölf aus Böhmern, außerdem noch circa fünfzig Lehrlinge; nun, diese Arbeiter sind durchaus nicht im Stande, den Streik illusorisch zu machen. Von den Berlinern sind nur Plattenschneider, ein Polirer und ein Fraiser in der Fabrik, letzterer wurde noch kurz vor Beginn des Streiks wegen zu großer Leistungsfähigkeit entlassen, ebenso geht es auch den böhmischen Arbeitern, dieselben müssen erst hier sich an den Maschinen einarbeiten, sind also gewissermaßen Lehrlinge. Nun im Ganzen genommen liegt der Beweis ja auch klar auf der Hand, daß der Fabrikant mit diesen Arbeitern nicht leistungsfähig ist, sondern daß er dieselben nur in der Fabrik hat, um dieselbe nicht still stehen zu lassen; seine Arbeit läßt der Fabrikant außerhalb fertigen. Derselbe wird hier nur gefärbt und so weiter. Also den Stand des Streiks reell betrachtet, so kommt man zum Resultat, daß, wenn der Fabrikant durchaus nicht nachgeben will, die Arbeiter doch nie die Besiegten sind, denn dieselben werden den Streik solange aufrecht erhalten, bis sämtliche Arbeiter anderwärts untergebracht sind; sind doch jetzt schon von den 114 Streikenden circa 50 untergebracht; die übrigen werden ebenfalls untergebracht werden, denn die Berliner Steinmühlknopfabrikanten werden nicht, wenn sie Arbeiter gebrauchen, Herrn Böhl zu Gefallen, sich welche anlernen, sondern sie werden gekannte Arbeiter nehmen. Aber anders sieht es mit dem Fabrikanten: ist derselbe auch noch so reich, ist derselbe auch noch so fest entschlossen, nicht nachzugeben, so wird doch eriens es demselben zu viel werden, hier Arbeitern einen Lohn zu zahlen, den sie ihn nicht verdienen und zweitens wird derselbe nie Arbeiter erhalten, mit denen er leistungsfähig ist, er wird also für viele, viele Jahre, womöglich für immer geschädigt sein, denn wenn sämtliche streikende Arbeiter untergebracht sind, werden wir dennoch die Fabrik nicht aus den Augen lassen. Sämtliche darauf folgende Redner äußerten sich im selbigen Sinne und für Aufrechterhaltung der Forderungen, Entlassung des Schlossers Müller, sowie Zurücknahme des Heereses, nach welchem kein Arbeiter einem Fachverein angehören darf. Der dritte Punkt der Tagesordnung mußte wegen schwachen Besuchs der Hornarbeiter von der Tagesordnung abgesetzt werden. Unter "Verschiedenes" wurde noch der Antrag gestellt, da die Knopfabriker

Der Verein zur Wahrung der Interessen der Berliner Knopfabriker und verband 24. d. M., seine Mitglieder ab: 1. Vortrag Poesie. 2. Vereinsmitth neuer Mitglieder. Nach Herr Türl zu seinem Vortrage reichlich und schönen Wahrhaftigkeit und Erbau sein. An der Diskussion in Verhätangelegenheit Tagesordnung. Der Kol nicht erschienen. Dann ein Antrag, den streik 20 M. zu bewilligen, in Kranken-Unterstützung aufsammlung 12 Uhr.

Eine öffentliche Verwandten Versammlung tagte am Montag, den 26. März, im Salon mit der Tagesordnung: 1. Vortrag Poesie. 2. Vereinsmitth neuer Mitglieder. Nach Herr Türl zu seinem Vortrage reichlich und schönen Wahrhaftigkeit und Erbau sein. An der Diskussion in Verhätangelegenheit Tagesordnung. Der Kol nicht erschienen. Dann ein Antrag, den streik 20 M. zu bewilligen, in Kranken-Unterstützung aufsammlung 12 Uhr.

17. September v. J. abzuhalten, auf dessen Tagesordnung außer wissenschaftlichen Gegenständen auch die Lehrlings- und Gehilfenfrage standen. Zweck dieser Verhandlungen war, Aufbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse auf gütlichem Wege anzubahnen. Die Prinzipale haben durch diese Tagesordnung das Zugeständnis gemacht, daß die vorhandenen Mängel dringend der Abhilfe bedürfen. Die Zahlstelle Hamburg übernahm die Führung in den Unterhandlungen und beschloß, den Prinzipalen Forderungen zur Aufbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu unterbreiten. Diese Forderungen werden von sämtlichen Zahlstellen anerkannt und theilweise noch erweitert. Das Resultat dieser Verhandlungen, an denen 65 Prinzipale und 5 Gehilfenvertreter theilnahmen (aus Hamburg, Berlin, Stuttgart und Frankfurt a. M.) war, daß noch weitere Vertreter der Arbeiter aus Leipzig, Weimar und München gewählt werden sollten, die mit ebenso viel Prinzipalen aus den genannten Orten in Jena zusammentreten sollten, um für den in diesem Jahre stattfindenden zweiten Mechanikertag in Bremen Vorarbeiten vorzubereiten, die zur Abhilfe der Mißstände geeignet sind. Die Jenerser Konferenz, die Professor Abbé in Jena vorbereitet hatte, fand am 24. Dezember statt. Dieselbe beschloß, betr. die Lehrlingsfrage, einheitliche Lehrverträge und Lehrgeldsätze herzustellen und Schiedsgerichte in Lehrlingsangelegenheiten und Gehilfenfragen, bestehend aus Prinzipalen und Arbeitern, an allen Orten zu errichten. Von den Forderungen der Gehilfen wurden anerkannt: zehnstündige Arbeitszeit, 18 M.

Minimallohn und einen den Verhältnissen entsprechenden Ortszuschlag, 25 pCt. Zuschlag für Sonntags- und Ueberstunden-Arbeit und der Arbeitsnachweis des Verbandes. Redner meinte, daß diese Zugeständnisse nicht zu unterschätzen seien, da thätlich in den kleineren Städten noch eine 10 1/2- und 11-stündige Arbeitszeit vorhanden sei und auch in Berlin die 9-stündige Arbeitszeit nur in den großen Fabriken, und zwar auch nur auf dem Papier bestände und meistens 11 Stunden, ja sogar 13 Stunden gearbeitet würden. Die Abschaffung der Affordarbeit würde vorläufig noch nicht für durchführbar erklärt, jedoch würde ein Minimallohn festgesetzt, der gezahlt werden muß, wenn der Affordpreis den Fähigkeiten des Gehilfen nicht angemessen erscheine. Diese Beschlüsse, besond. Redner ausdrücklich, seien jedoch vorläufig nicht bindende, sondern sollten erst dem in Bremen in diesem Jahre stattfindenden Mechanikertag, auf welchem ein Verband selbstständiger Mechaniker gegründet werden sollte, zur weiteren Beschlußfassung vorgelegt werden. Wenn auch, so schloß Redner, etwas Positives dadurch nicht erreicht sei, so dürfte man das Resultat dieser Verhandlungen, die ihre letzte Gestalt in Bremen erhalten werden, nicht unterschätzen. Pflicht jedes Kollegen sei es daher, dafür zu sorgen, daß unsere Organisation stark werde, damit sie den Prinzipalen Achtung einflöße. In der sehr lebhaften Diskussion wurde hauptsächlich hervorgehoben, daß auf diesem Wege (schwerlich etwas nennenswerthes zu erlangen wäre, daß dies vielmehr nur durch stramme Organisation und striktes Aufrechterhalten der Forderungen geschehen

könnte und wurde deshalb ermahnt, in Anbetracht der günstigen Konjunktur hauptsächlich in der Telegraphenbranche an den Forderungen der Berliner Kollegen, neunstündige Arbeitszeit, 21 M. Minimallohn und 25 pCt. Zuschlag für Ueberarbeit, festzuhalten. Auch seien die von den Vertretern in Jena geplanten Schiedsgerichte als unzulänglich zu bezeichnen, da nicht einmal die Satzungen der Gewerbeschiedsgerichte für Berlin in der neuen Fassung wesentliche Ansprüche auf Werth machen könnten. In seinem Schlußwort ermahnte der Referent zu maßvollem Vorgehen. Er macht darauf aufmerksam, daß die Errungenschaften der anderen Gewerkschaften durch die Streiks von den meisten bei weitem überschätzt würden und daß unsere Mittel und unsere Organisation noch nicht derartig getrübt seien, einen Ausstand mit Erfolg durchzuführen und ein mißlungener Streik unsere erst im Ausblühen begriffene Vereinigung leicht zerstören könnte. Im weiteren Verlauf der Verhandlungen wurde beschlossen, das Bureau zu beauftragen, in der nächsten Woche eine öffentliche Versammlung einzuberufen, in der eine Kommission von 9 Kollegen zu wählen sei, die mit den Einleitungsarbeiten betraut werden solle. Auch wurde aufgefordert, in alle Werkstätten Vertrauensleute zu ernennen und diese in der nächsten Versammlung bekannt zu geben. Eine Resolution, den 1. Mai als Feiertag anzusehen, fand allseitige Annahme. Mit einem Hoch auf die Arbeiterbewegung schloß der Vorsitzende die Versammlung um 12 1/2 Uhr.

Theater.
 Freitag, den 28. März.
Opernhaus. Othello.
Schauspielhaus. Ein Schritt vom Wege.
Leistung-Theater. Die Ehre.
Berliner Theater. Der Weichenseffer.
Deutsches Theater. Krieg im Frieden.
Friedrich-Wilhelmstädt. Theater. Der arme Jonathan.
Wallner-Theater. Ein toller Einfall.
Viktoria-Theater. Stanley in Afrika.
Ostend-Theater. Der Fall Clémentineau.
Residenz-Theater. Marquise.
Vollkammer-Theater. Der Nauticus.
Königstädtisches Theater. Mutter-legen, oder: Die neue Fauchon.
Central Theater. Ein ideales Haus.
Adolf Ernst-Theater. Der Goldsucher.
Theater der Reichshallen. Spezialitäten-Vorstellung.
Gebr. Richter's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.
Saunemann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.

Donnerstag, 10. April, letzte Vorstellung in dieser Saison.
Circus Renz.
 Karlsrufer.
 Heute, Freitag, den 28. März 1890, Abends 7 1/2 Uhr.
Komiker-Vorstellung
 unter Mitwirkung von sämtlichen Klowns der Gesellschaft.
Napoli,
 oder:
Salvatore Rosa und die Banditen-Fürstin,
 große equestrische Balletpantomime, arrangirt vom Direktor E. Renz. Großartige Traumplinsprünge, Reiten und Vorführn der besten Schul- und Freizeitspferde. Auftreten der renommierten Kunstkünstlerinnen Geschwister Castagna, sowie der vorzügl. Reitanst. -lerinnen und Reitanst. Morgen Sonnabend: Gala-Vorstellung zum Benefiz für die großartige Künstlerfamilie Briatore. Auftreten des renommierten Eberfelder Athletenklub.
 Sonntag: 2 Vorstellungen.
E. Renz, Direktor.

Dem Vertreter des 6. Berl. Wahlkreises im Deutschen Reichstag, Schriftsteller Herrn
Wilhelm Liebknecht
 in Vordorf bei Leipzig,
 hatten die Parteigenossen desselben zu seinem, am 29. d. M., stattfindenden 61. Geburtstag ihre besten Glückwünsche mit dem Wunsche ab, daß er ihn noch recht oft in ungeschwächter Kraft und Gesundheit erleben möge.
Au die Herren Töpfer!
 Meiner werthen Kundschaft die ergebene Mittheilung, daß mein Geschäftslokal an Sonn- und Feiertagen von früh 10 Uhr an geschlossen ist. Spezialität: Haumeiser eigener Fabrik à 40 1/2 Pfennig ic.
G. Brucklacher,
 Dampfseife- und Stahlwaaren-Handlung, Oranienstr. 45.
Control-Marken-Hüte,
 ganz besonders meine selbst fabrizirten Cylinderhüte, empfiehlt z. soliden Preisen
Hermann Haase,
 221 Invalidenstr. 120.

Verband der Möbelpolirer Berlins.
 Fortsetzung der Werkstellen, die bewilligt haben:
 Jante, Reichenbergerstr. 65a.
 Richter, Pallasadenstr. 20.
 Busch, Wasserthorstr. 10 u. 11.
 Lange, Nippinerstr. 33.
 Reichelt, Prenzlauerstr. 15.
 Wille, Mariannenstr. 12.
 Künzel, Bernauerstr. 71.
 Ranz, Pallasadenstr. 77 u. 78.
 Burggraf, Krantstr. 52.
 Köhler u. Böhm, Langestr. 53.
 Kurzhof, Chausseest. 24.
 Ostmann, Kopenstr. 71.
 Börsch u. Hoffmann, Friedenstr. 53.
 Krieger, Fruchtstr. 74.
 Belling u. Hirsch, Frankfurterstr. 44.
 Wense, Lichtenbergerstr. 5.
 Biels, Friedenstr. 44.
 Wieland, Friedenstr. 44.
 Szymanski, Landsberger Allee 87.
 Richter, Pallasadenstr. 20.
 Lange, Nippinerstr. 33.
 Gottschalk, Georgenkirchstr. 64.
 Theilweise bewilligt (werden gesperrt bis vollständig bewilligt).
 Doppelt, Krautstr. 52.
 Kutschmar, Fehrbellinerstr. 31.
 Steinbock, Fruchtstr. 72 (20 pCt.),
 Vertram, Skaligerstr. 101.
 Nicht bewilligt und gesperrt:
 Wolff, Breslauerstr. 31.
 Klug u. Bonginsky, Wienerstr. 17.
 Sommerfeld, Zionskirchstr. 51.
 Das Streikbureau und der Arbeitsnachweis befindet sich **Blumenstrasse 38 bei Henke.** Streikende haben sich täglich von 9-12 Uhr behufs Kontrolle zu melden.
Achtung! Maurer!
Mitglieder-Versammlung
 des **Unterstützungsvereins der Maurer Berlins**
 am Sonntag, den 30. März, Vormittags 10 1/2 Uhr, im Saale des Herrn Lehmann, Schwedterstraße 23-24.
 Tages-Ordnung:
 1. Allgemeine Arbeiterbewegung und der 1. Mai. Referent Herr Klein.
 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. - Gäste haben Zutritt.
 Der Vorstand.

American-Theater
 Dresdenstraße 55. Täglich Vorstellung.
Englischer Garten
 Alexanderstraße 27a.
 Auftreten der Chansonette Fr. **Franziska Normann.**
 Auftreten des Gesangs-Humoristen Frn. **Köhler.**
 Auftreten der Duettisten **Albert und Nelly Rappmann.**
 Auftreten der Chansonette Fr. **Jenny Peters,** sowie der musikalischen Clowns **Toni und Jack.**
 Anfang Wochentags 8 Uhr. Entree 30, 50 u. 75 Pf., im Vorverkauf 20 u. 30 Pf.
 Sonntags Anfang halb 6 Uhr.
 Sonntags Entree 50, reservirt 75 Pf., Orchester 1 Mark.
 Vorverkauf Entree 40 Pf.
 21. Unter den Linden 21.
 Im Hause der Wühemshallen neben der Passage.

Circus Wulff.
 Friedrich Carl-Ufer.
 Ecke Karlsrufer.
 Freitag, den 28. März 1890, Abends 7 1/2 Uhr.
 Auf vielseitiges Verlangen: Wiederholung der mit so vielem Beifall aufgenommenen
Monstre-Parforce-Vorstellung.
 Zur Vorführung gelangen
 die besten Repertoire-Nummern.
 Sonnabend, den 29. März: Große Gala-Vorstellung zum Benefiz für den beliebten Jongleur zu Pferde Dr. Georges Palmer.
 Hochachtungsvoll
Ed. Wulff, Direktor.

Teppiche
 zu billigen Preisen!
 Wir verkaufen unser Teppich-Lager aus und verkaufen gewöhnliche haltbare Teppiche für 4, 5 u. 6 M. große Tapestry-Pläsch-Teppiche für 12, 15, 18 und 20 M.
Tischdecken
 Manilla-Tischdecken mit Fransen 2, 2,50 M., bunte Tischdecken mit Schnur und Quasten 3, 3,50 bis 5 M., Gobelin-Tischdecken mit Schnur und Quasten 6, 6 u. 8 M. Hochelegante Chemise-Tischdecken 4,50, 5 u. 6 M.
Gardinen
 weiße Zwirn-Gardinen, reines Fabrikat, Meter 45, 50 u. 60 Pf., Englische Lüll-Gardinen, auf beiden Seiten eingefast, Meter 50, 60, 75 Pf. u. 1 M. Einzelne abgepaßte Fenster 3,50, 4-6 M. Hübsche Manilla-Gardinen, Mtr. 40 u. 50 Pf.
Sielmann & Rosenberg
 Kommandantenstraße
 Ecke Linden-Strasse.

Große öffentliche Versammlung
 sämtlicher **Lohgerber und Lederzurichter,**
 sowie der in dieser Branche beschäftigten Arbeiter,
 am Sonnabend, den 29. März, Abends 8 1/2 Uhr, in **Schow's Brauerei,**
 Vor dem Prenzlauer Thor.
 Tages-Ordnung:
 1. Die Bedeutung des Achttages und der 1. Mai 1890. Referent Max Baginski. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
 Um zahlreiche Theilnahme ersucht
Der Einberufer: Hermann Krausack, Schönhauser Allee 21.
Grosse öffentliche Versammlung
 aller **Militärschneider**
 am Sonnabend, den 24. März, Abends 8 1/2 Uhr, in **Jordans Salon.**
 Tages-Ordnung:
 1. Die Lohnbewegung und wie stellen sich die Militärschneider Berlins zu dem Artikel des deutschen Offizier-Vereins im Militär-Wochenblatt. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
 Alle Kollegen werden gebeten pünktlich zu erscheinen.
Der Einberufer.

Ben-Vorführung
 Täglich **Ali-egyptischer u. indischer**
 7 1/2 Uhr **Bey** Zauber-künfte.
 5, 2 u. 1 M. Billets im Invalidendamt.
 Passage 1 Er. 9 Uhr M. b. 10 Uhr Ab.
Kaiser-Panorama.
 Erste Reise am schönen Rhein von Mainz bis Köln.
 Zum ersten Male: **Rehute Reise d. die malerische franz. Schweiz.**
 Eine Reise 20 Pf., Kind nur 10 Pf.
 Abonnement 1 M.

Geschäftshaus E. Heine.
Chausseestraße 14.
 Die schönsten
Kinderkleider u. Mäntel
 für Mädchen jeden Alters, sowie
Morgenröde, Unterröde u. Ericottailen
 auch im Einzelverkauf sehr billig!
 Kassentellungen u. Reparaturen werden prompt erledigt!
Chausseestraße 14.
Geschäftshaus E. Heine.

Schäfte-Branche.
 Gesperrt sind folgende:
 Max Meyer, Neue Friedrichstr. 39.
 Krautwurf, Gr. Frankfurterstr. 57.
 Mathias u. Bürger, Rüstlerstraße 16.
 Mohr, Elisabeth Ufer 20.
 Verlich, Elisabeth Ufer 19.
 Vater, Kurze Straße 4.
 Dppenheim u. Söhne.
 Rath, Neue Friedrichstraße.
 Herzberg, Friedrichstr. 250.
 Loob, Annenstraße.
 Schulz, Neue Köhstr. 11.
 Wittig, Fruchtstr. 47.
 Leiser, Kaiserstr. 38.
 Franzisky, Mantuffelstr. 102.
 Später, Eisenbahnstr. 10.
 Ullendorf, Karlsruferstr.
 Witt, Dresdenstr. 85.
 Evers, Sebastianstraße.
 Bergschmidt u. Lange haben bewilligt.
 Diejenigen, welche an solchen Stellen arbeiten, sind als Streikbrecher zu betrachten.
 400 Arbeitslose Kollegen und Kolleginnen haben sich auf dem **Streikbureau** der Schäftebranche bei **Reyer, Alte Jakobstr. 83,** zu melden.
Die Lohnkommission.

Fachverein der Metallschrauben-, Façondreher u. Berufsgen.
 Sonnabend, den 29. März 1890, Abends 8 1/2 Uhr, in den **Bürger-Sälen, Dresdenstr. 96:**
Großer Wiener Maskenball.
 Billets sind zu haben bei folgenden Herren: **Albert Kirchner,** Götterstr. 65; **Rudolf Weber,** Straußbergerstr. 52; **Wilh. Ernst,** Lausitzerstr. 14; **Aug. Stöbel,** Rannysstr. 79; **Rothwald,** Rannysstr. 28, sowie bei Herrn **M. Baginski, City-Passage.**
 425
Das Komitee.

Steyppdecken-Fabrik
Emil Lesèvre,
 Berlin, Oranienstr. 158.
 Größte Auswahl! **Woll-Atlas-Steppdecken** mit Handarbeit! 2 Mtr. lang, blau, grün, bordeaux 7,50 Mark. Einzelne schadhafte Decken 3 und 4 Mark. 1718
Illustrirte Preisliste gr. u. fr.

Möbel, Spiegel und Polsterwaaren.
 eigener Gr. Lager, bill. Preise.
Fabrik. Emil Heyn,
 Brunnenstraße 28, Hofparterre.
 Theilzahlung nach Uebereinst.

Robert Blum
 und seine Zeit.
 Von **Wilhelm Liebknecht.**
 2. Auflage.
 Preis pro Heft 25 Pf. **Wiederverkäufer erhalten Rabatt.**
Einbanddecken dazu à 35 Pf.
 Zu beziehen durch die Expedition, Zimmerstraße 44.

antwortlicher Redakteur: **Carl Gank** in Berlin. Druck und Verlag von **Hav Pading** in Berlin SW., Weichstraße 2. **Steyn zins Verlage.**

Parlamentsberichte.

Abgeordnetenhaus.

88. Sitzung vom 27. März.

Tagesordnung: Interpellation v. Rauchaupf, Graf Limburg-Stirum; Stat (Landtag, Finanzverwaltung); Lehrer-Meliten-Gesetz; Kleinere Vorlagen.

Am Ministerische: Herrfurth, Kommissare.

Präsident v. Köller eröffnet die Sitzung um 11¹/₄ Uhr.

Es gelangt die nachstehende, von zahlreichen Mitgliedern der konservativen Partei unterzeichnete Interpellation der Abg. v. Rauchaupf und Graf Limburg-Stirum zur Verlesung:

Beabsichtigt die königliche Staatsregierung für die Hinterbliebenen des bei einem Ansturm am 20. d. Mts. zu Köpenick erschossenen Gendarmen Müller in derselben Weise Fürsorge zu treffen, wie dies durch Gesetz vom 17. April 1885 für die Hinterbliebenen des zu Frankfurt am Main ermordeten Polizeikommissars Rumpff geschehen ist?

Abg. Graf von Limburg-Stirum (konf.): Zunächst möchte ich erklären, daß ich diese Interpellation in voller Uebereinstimmung mit meinen politischen Freunden eingebracht habe. Wenn nicht alle meine Freunde die Interpellation unterschrieben haben, so liegt dies daran, daß zur Zeit, als die Unterschriften gesammelt wurden, nicht alle meine Freunde hier anwesend waren. Der Hergang der Sache ist kurz folgender: In Köpenick fanden in den ersten Tagen der vorigen Woche Tumulte statt; meist waren dieselben hervorgerufen von halbwüchsigen Burschen. Diese erhielten jedoch bald Zugang von auswärtigen und die Tumulte nahmen einen immer erregteren Charakter an, bis am vierten Tage der Gendarm in scheußlicher, menschenmörderischer Weise ums Leben kam. Am vierten Tage wurde Militär requiriert und bald darauf trat wieder Ruhe ein. Wenn wir nun für Besprechung dieser Angelegenheit die feierliche Form einer Interpellation gewählt haben, so geschah dies nicht, weil wir der Regierung irgend einen Vorwurf machen wollen, sondern weil wir die Lage für eine ernste halten und hier feststellen wollen, daß in Uebereinstimmung mit der Regierung hinter den Beamten wir alle stehen. Es ist ziemlich klar, daß in den ganzen Tumulten ein Zusammenhang zu finden ist mit der Sozialdemokratie, wenn ich auch nicht sagen will, daß die Führer selbst die Tumulte angezettelt haben. Diese sind aber eine Folge der schweren Exzessen und Agitationen, durch welche der Geist der Unbotmäßigkeit in der Bevölkerung genährt wurde. Wir werden, glaube ich, noch weiter solche Dinge zu gewärtigen haben. Wir fürchten uns vor denselben nicht; wir wissen ja, daß die Staatsregierung stark genug ist, um solcher Bewegungen Herr zu werden. Aber wir dürfen keinen Zweifel lassen, daß wir alle hinter den Beamten stehen, die in unmittelbarer Berührung mit diesen Dingen den schwersten und gefährlichsten Beruf haben. Ich bin weit davon entfernt, auch nur die leiseste Kritik daran zu üben, daß das Militär nicht früher gerufen worden ist. Wir selbst haben ja in Uebereinstimmung mit der Regierung durch Bewilligung der Vernehmung der Gendarmen bewiesen, daß zunächst überall versucht werden soll, mit der Polizeimacht fertig zu werden. Ich wundere mich aber darüber, daß die Gendarmen, wenn sie einmal einbauen, sich einbauen. Ich bin der Meinung, daß einer Bevölkerung gegenüber, die sich anführen will, die Polizei nicht nachsichtig und geduldig genug sein kann; wo aber die Absicht, Tumulte zu erregen, offenbar ist, da scheint es nur richtig, die Waffe, wenn sie gebraucht wird, nur scharf zu gebrauchen. (Zustimmung rechts.) Wir stehen einer schweren Situation gegenüber. Die Haltung der Beamten war eine vortreffliche. Gegenüber den zahlreichen Provokationen hat sich die Polizeimannschaft geduldig und langmütig benommen und erst im äußersten Augenblick ist sie eingeschritten. Was nun den ermordeten Gendarmen anbetrifft, so kann ich ihn nicht bedauern. Was kann einem Mann Besseres geschehen, als wenn er in treuer Pflichterfüllung ein Opfer seines Berufes wird? Allen anderen Beamten können wir den gefallenen Gendarmen Müller nur als Muster hinstellen. (Beifall rechts.) Wenn wir nun wünschen, daß der Fall ähnlich behandelt werden soll, wie die Ermordung des Polizeiraths Rumpff, so verkennen wir nicht, daß die Sachlage doch eine andere ist. Der Frankfurter Polizeirath ist durch einen von den Anarchisten gedungenen Mordmörder ermordet worden; den Hergang bei der Ermordung des Gendarmen Müller muß erst die Untersuchung ergeben. In beiden Fällen aber besteht doch ein Zusammenhang mit der großen Bewegung, mit der wir es zu thun haben. Ferner steht fest, daß ein treuer Beamter in seinem Verufe gefallen ist. Hierin sehe ich eine Analogie mit dem Falle Rumpff. Ich verlange nun nicht ein ausdrückliches besonderes Gesetz für diesen Fall, ich möchte aber nicht, daß die Hinterbliebenen in Form einer Gnadenbewilligung unterstützt werden, sondern daß ihnen als ihr Recht gewährt wird, was der Vater bei seinen Lebzeiten erhalten. In so außerordentlichen Dingen, bei einer so schwierigen Situation muß, meine ich, etwas besonderes geschehen; auch darin erkenne ich eine Analogie. Ich wiederhole, wir müssen der Regierung Gelegenheit geben, mit uns gemeinschaftlich ins Land hinauszukommen, daß jeder Beamte sich auf uns verlassen kann. (Beifall.) Den Gefahren, welche uns drohen, wollen wir fest ins Auge sehen. Ich bin überzeugt, wir werden dann auch mit ihnen fertig werden. (Beifall.)

Minister des Innern Herrfurth: Es ist mir erfreulich gewesen, daß der Herr Abg. Graf Limburg-Stirum bei der Begründung der Frage an die Staatsregierung doch ein klein wenig anders formuliert hat, als in der Interpellation. Ich bin überzeugt, daß, wenn auch die Antwort der Staatsregierung auf die gedruckte Interpellation in formaler Beziehung verneinend ausgefallen wäre, der materielle Inhalt meiner Antwort die Herren Interpellanten doch befriedigen wird. (Beifall rechts.) Ich bin in Allem mit der soeben gehörten Begründung einverstanden und kann insbesondere das gute Zeugnis, welches der Herr Abgeordnete den bei diesen Exzessen in Köpenick betheiligten Exekutivbeamten ausgestellt hat, nur voll bejahen. Ich freue mich, daß die Beamten auch in diesem Falle ihre Pflicht ganz und mit Einsetzung ihrer Persönlichkeit gethan haben. (Beifall.) Wenn der Herr Vorredner beklagt hat, daß die Beamten nach eingebauenen haben, so trifft das nach den Ermittlungen nicht ganz zu. Der Zustand der Wachen der Gendarmen zeigt deutlich, daß sie zum Theil sehr scharf eingebauenen haben. Die Staatsregierung ist gewillt, den Hinterbliebenen des Gendarmen Müller in ausreichender Weise Fürsorge zu Theil werden zu lassen. (Beifall.) Sie will von der Familie eines Pflichttreuen und auf schmäbliche Weise ermordeten Beamten die Nachfolge, welche ihr durch den Tod ihres Ernährers entstanden sind, abwenden, soweit das überhaupt durch Geldmittel möglich ist. (Beifall.) Der Wittwe ist bereits aus dem Fonds, welcher dem Ministerium des Innern zur Verfügung steht, eine namhafte Summe zu Theil geworden, außerdem erhält sie bis zum 1. Juli das volle Einkommen ihres

Mannes. Durch die Bewilligung einer weiteren Pension und erhöhter Erziehungsgelder werden nicht nur die Nahrungsorgen von der Familie genommen, sondern auch für eine tüchtige Erziehung der Kinder gesorgt sein. In derselben Weise, wie im Jahre 1885 für den in Bochum erschossenen Gendarmen Mengel gesorgt ist, wird es auch hier geschehen. Die dazu erforderlichen Mittel hat die Staatsregierung aus dem Gnadenpensionsfonds, sowie aus den im Kapitel 97 Titel 6 bezeichneten Fonds zur Unterstützung der Beamten-Wittwen und -Waisen entnommen. Die Staatsregierung beabsichtigt daher, nicht im Wege eines der Landesvertretung vorzulegenden Spezialgesetzes, wie im Falle der Ermordung des Polizeiraths Rumpff, diese Fürsorge zu bewirken. Sie ist vollständig einverstanden mit den Zielen und den Motiven der Herren Interpellanten, sie glaubt aber zur Erreichung dieses Zieles einen rascheren und einfacheren Weg einschlagen zu sollen, als den in der Interpellation bezeichneten. Sie kann sich in dieser Richtung auf die Autorität des Herrn Grafen Limburg selbst beziehen, der am 25. März 1885 darauf hingewiesen hat, daß dieser ausnahmsweise eingeschlagene Weg eines Spezialgesetzes da nicht angeeignet sein würde, wo ein Beamter nicht auf Grund eines Komplotts in vorbedachter Weise ermordet, sondern in Ausübung seiner Dienstobliegenheiten zu Schaden gekommen ist. (Beifall.)

Abg. Graf von Limburg-Stirum: Wir sind durch die Beantwortung unserer Interpellation vollkommen befriedigt, der Zweck, den wir damit erreichen wollten, ist erreicht, und wir verzichten auf jede Besprechung. (Beifall rechts.)

Da auch von anderer Seite eine Besprechung nicht beantragt wird, so ist der Gegenstand hiermit erledigt.

Korrespondenzen.

New-York, 14. März. Eine Anzahl großer amerikanischer Zeitungen brachten vor kurzem gleichzeitig einen Aufsatz von E. Bellamy, dem Verfasser von: „Looking backward“, in welchem derselbe eine gedrungene Darstellung der Bestrebungen giebt, welche der Nationalisten-Bewegung zu Grunde liegen. Es heißt darin: Wir befürworten nicht gewaltsame oder heftige Maßnahmen, oder solche, welche industrielle Störungen hervorrufen oder unnötige Härte für einzelne Individuen herbeiführen müssen. Wir wollen das Gesetz durch das Gesetz, und die Konstitution, wenn nötig, durch die Konstitution ändern. Die Nationalisierung der Industrien soll den Anfang bei denjenigen machen, welche mit großen Kapitalmassen operieren und der öffentlichen Gewalt gefährlich werden, welche das Publikum besonders ausbeuten oder die Arbeiter unterdrücken; welche bereits stark systematisch und zentralisiert und welche leicht den bestehenden Regierungsfunktionen beigegeben werden können.“ In dieser Richtung scheint das Land für folgende Maßnahmen bereit zu sein:

1. Nationalisierung der Eisenbahnen, und zwar in der Weise, indem die Vereinigten Staaten entweder als beständige Massenverwalter ernannt werden, um sie im öffentlichen Interesse zu betreiben und den gegenwärtigen Aktionären angemessene Dividenden auf den wirthlichen Werth des Vermögens zu zahlen, bis der Nationalismus vollständig etabliert ist; oder auf sonstige Weise, wobei einzelnen Personen nicht mit Härte zu nahe getreten wird.

Da bei Begründung dieser Maßnahme Momente in Betracht kommen, welche von besonderem Interesse sind, so sei dieselbe gedrängt wiedergegeben. B. sagt, die Nationalisierung der Eisenbahnen sei ganz abgesehen vom Standpunkte der Nationalisten, ratsam: 1. weil die Bahnkompagnien vermöge ihres großen Reichthums und der korrupten Verwendung desselben den mächtigsten und gefährlichsten Einfluß zur Verderbung der Regierung bilden; 2. weil die Gewalt, die sie über die wirthschaftlichen Verhältnisse ganzer Landestheile, Staaten und Städte ausüben im Stande sind, nur der Regierung zusetzen sollte; 3. wegen der verzweifelten Aktualität der Kompagnien, welche durch unnötige Ausdehnungen, Parallel-Linien und Kriege seit langem die hauptsächlichste Verwüstung des Nationalreichthums und die Ursache von periodischen Geschäftskrisen bildet; 4. weil die Finanzgebarung eines großen Theiles der Eisenbahn-Kompagnien den größten Schwindel hervorgerufen, der je-weils irgendwo dagewesen ist; 5. weil der Komfort und die Sicherheit des reisenden Publikums ein gleichmäßiges und harmloses Eisenbahn-System im ganzen Lande verlangt, und weil es nicht denkbar ist, daß die grausame Abschächterei von Eisenbahn-Arbeitern zu Ende gebracht werden kann, so lange die Bahnen sich im Privatbesitz befinden.

2. Die Nationalisierung des telegraphischen und telephonischen Verkehrs.

3. Verbindung der Paketbeförderung mit dem Postdepartement.

4. Nationalisierung des Kohlenbergbaues, welcher jetzt dem Publikum gegenüber in höchst räuberischer, den Arbeitern gegenüber in bedrückendster Weise betrieben wird.

5. Uebernahme der Beleuchtung, der Straßenbahnen u. s. w. seitens der betreffenden Gemeinden.

Die Nationalisierung dieser großen Zweige öffentlicher Dienstleistungen und der Produktion würde nach der Meinung B.'s direkt zur Hebung der Verhältnisse von anderthalb Millionen Arbeitern beitragen. Es würde ein Bollwerk gegen Kapitalisten, Usurpatoren der Korporationen und gegen ökonomische Unterdrückung sein. Es würde ein gewaltiger Kern für die künftige industrielle Armee geschaffen werden. Selbst wenn nur eine Industrie in solcher Weise organisiert und den Arbeitern Sicherheit, Gesundheit, Wohlfahrt und Gerechtigkeit gesichert wäre, würde sie unabweislich zur allgemeinen Einführung des Systems anreizen. Die Nationalisierung des Landes in einer Weise, welche die größte Härte ausschließt, gehört zu dem Programm der Nationalisten. Während sie nun alle praktischen Mittel zur Verhinderung von Landmonopolen unterstützen, geben sie nicht zu, daß lediglich auf den Boden bezügliche Maßnahmen (dies bezieht sich auf den Georgischen Vorschlag) eine genügende Abhilfe für die bestehenden industriellen und sozialen Mißverhältnisse sind. — Zum Schluß heißt es: Wir sympathisieren mit allen Bestrebungen der Arbeiter, sofortige Verbesserungen ihrer Lage zu erkämpfen. Aber wir geben ihnen zu bedenken, daß bei dem jetzigen industriellen System keine großen Verbesserungen möglich sind und daß der einzige wirksame und friedliche Weg, dieses System durch ein besseres zu ersetzen, im Nationalismus besteht. — Das sozialistische „Philadelphia Tageblatt“ bemerkt dazu: „Wir haben diesem Aktionsprogramm sehr wenig hinzu zu fügen; aus dem einfachen Grunde, daß es unseren Anschauungen vollkommen entspricht und wir es auch für vorerst vollkommen genügend halten. Jedemfalls ist es viel umfassender, als der Lassalle'sche Vorschlag. Auf ein solches Programm hin könnten alle die verschiedenen Richtungen in der Arbeiterbewegung und die Farmerverbindungen gereinigt werden. Die Sozialisten, die Arbeiter und die Farmer verlangen die Nationalisierung der Verkehrsmittel; die Georgianer haben in ihrer Plattform den Satz, daß die Nation und die Gemeinde besorgen sollen, was sie besser als Privatkorporationen besorgen können. In der Forde-

rung der Nationalisierung des Bergwerks haben sich die Arbeiter ritter den Sozialisten und Nationalisten genähert. Die Stellung Bellamy's hinsichtlich Einwanderung, Mäßigkeit, Frauenrechte und so weiter wird von allen diesen Richtungen getheilt. Es fehlt bloß, daß eingeborene Amerikaner von unzweifelhafter Rechtschaffenheit und politischem Verständniß den Anstoß zur Vereinigung aller dieser Elemente geben. Nur auf diese Weise wird eine große amerikanische Arbeiterpartei geschaffen werden. Hoffen wir, daß es bald geschieht.“

„Bald“ wird sich nun freilich diese Hoffnung nicht erfüllen; es liegen da Umstände vor, welche die Erfüllung behindern, die allgemein bekannt sind, die man aber — eben in Folge der heißen Hoffnung, daß eine Wendung zum Besseren eintrete — zuweilen übersehen.

Das Haupthinderniß ist, daß sich die großen Massen der Arbeiter noch vollständig im Schlepptau der beiden kapitalistischen Parteien befinden, für welche Leute aus der arbeitenden Klasse selbst in den diversen Organisationen derselben Handlangerdienste verrichten. Wie groß der Einfluß dieser letzteren Elemente noch ist, haben wir vor kurzem wieder einmal in New-York erfahren. Von den Knights, deren Organisationen hier hauptsächlich auf Null zusammen geschmolzen sind, war eine Volksversammlung einberufen worden zwecks Unterstützung der in der Legislatur zur Verathung stehenden Wahlreformbill, die von dem Republikaner Sexton eingereicht worden. Der Jubrang zu dieser Versammlung war so massenhaft, daß der große Saal des Cooper-Institutes nicht ausreichte und eine zweite Versammlung (wie kürzlich bei der Bellausstellungsfrage) auf dem Platze vor dem Gebäude abgehalten wurde. Keine Seele ist in Zweifel darüber, daß das Interesse für die Wahlreform diese Massen nicht auf die Beine gebracht hat. Aber Angesichts des Umstandes, daß der Orden der Knights, wie bemerkt, hier nur noch eine verschwindend kleine Mitgliederzahl hat, muß es einem Uneingeweihten wunderbar vorkommen, daß es den angesehenen truppenlosen Führern dennoch gelungen ist, eine solche Menschenmasse auf die Beine zu bringen. Und doch ist die Sache im Grunde genommen sehr einfach und fußt lediglich auf dem eben angeführten Umstande, daß die Massen noch immer hinter den kapitalistischen Parteien herlaufen, und somit hinter den für dieselben thätigen „politischen Drahtziehern“ aus ihren eignen Reihen. Dies ist ja auch der Grund der elakhaften Beschaffenheit, welche sich in der Zentralorganisation der New-Yorker Arbeiter abspielte, wo diese selben politischen Drahtzieher zur Abwechslung auch für einzelne Kapitalisten oder Verbindungen solcher „arbeiten“. Und dieselben Zustände sind in den ganzen Vereinigten Staaten überall dieselben, nur daß einmal hier, einmal da die fortgeschrittenen Elemente sich zeitweilig aufrufen und den Versuch der Reinigung des Augiasstalles machen. Freilich, noch kaum irgendwo auf die Dauer, denn sehr bald verzeihen sie an dem Unverstand der „Massen“, der hier so „schwarz und dicht“ ist, daß der Auktorische vor einem Vierteljahrhundert in Deutschland als Morgendämmerung erscheint! — Was weiter in Betracht kommt, ist der Umstand, daß jeder dieser Arbeiter, die mit einem wahren Fanatismus für „ihre“ Partei eintreten, die Hoffnung hegt, durch dieselbe irgend einmal ein „Kemmen“ zu erlangen, und wenn es auch nur ein Strafenreinigungs-Departement ist, sie sind also von einer ähnlichen Hoffnung erfüllt, wie die nun in Deutschland wohl so ziemlich ausgestorbene Spezies der Schulze-Dehlig'schianer, die es durch „Meiß und Sparsamkeit“ zu etwas zu bringen denken. Alle diese Momente hat man also bei seinen „Hoffnungen“ in Betracht zu ziehen!

Kommunales.

Stadtvorordneten-Versammlung.

Sitzung vom Donnerstag, den 27. März. Der Stadtvorordneten-Vorsteher, Stadtv. Dr. Stryp, eröffnet die Sitzung nach 5¹/₂ Uhr mit einer Reihe geschäftlicher Mittheilungen. Ein Ausschuss ist von den Abtheilungen gewählt worden. Der Vorsitzende des Gastwirths-Gesellschafts ersucht die Versammlung, bei der Verpachtung des Rathskellers dafür zu sorgen, daß dieses Restaurant auch mustergeräthig hinsichtlich des Lohnes der Kellner werde. (Gelächter.) Der Lohn der Kellner habe dort früher monatlich 30—36 M. betragen und sei jetzt auf 15 M. gefallen.

Nach Eintritt in die Tagesordnung wird in der Etatsberathung fortgefahren.

Der Markthalen-Stat wird genehmigt, ebenso der Stat der Bauverwaltung.

Bei dem Kapitel „Miethsteuer“ des Etats Steuerverwaltung beantragen Stadtv. Jubel und Genossen: „Die Versammlung ersucht den Magistrat, eine fernere stufenweise Herabsetzung der Miethsteuer herbeizuführen und fordert ihn auf, Schritte zu thun, um für die spätere gänzliche Abschaffung der Miethsteuer Sorge zu tragen.“

Der Referent, Stadtv. Kalisch, bittet, diese Resolution abzulehnen. Eine Befreiung der Miethsteuer sei unendlich, so lange nicht gesagt werde, auf welcher andern Wege die notwendigen Gelder aufgebracht werden sollten. Was den ersten Theil des Antrages Jubel anbetrifft, so beantrage auch der Ausschuss, den Magistrat zu ersuchen, er möge im nächsten Etat eine weitere stufenweise Herabsetzung der Miethsteuer herbeizuführen.

Stadtv. Jubel: Wir sind zwar mit dem Antrage des Ausschusses einverstanden, wenn nicht mehr durchzuführen ist, wünschen aber prinzipiell die gänzliche Befreiung der Miethsteuer, derjenigen Steuer, die am drückendsten vom arbeitenden Volke empfangen wird. Es wird erwidert, erst solle ein anderer Weg gewiesen werden, wie die Gelder aufzubringen seien. Nun, der Stadtv. Singer hat vor einem Jahre diesen Weg gezeigt. Man ist aber nicht darauf eingegangen. Progressiv habe der Magistrat bei der letzten Einschätzung nur die direkten Steuern der Arbeiter erhöht. Wir sehen, wie große Gemeinwesen ohne Miethsteuer auskommen, wenn nur der gute Wille vorhanden ist. An die Stelle der Miethsteuer muß eine progressive Einkommensteuer treten. Sie, m. G., würden dann allerdings die Steuer-schraube mehr spüren, die Arbeiter würden aber entlastet werden. Als wir für die städtischen Arbeiter höhere Löhne forderten, lehnten Sie es ab. Lassen Sie sich jetzt wenigstens auf und geben Sie Ihre Bereitwilligkeit zu erkennen, wenigstens in Zukunft auf die Miethsteuer zu verzichten. (Anruhe.)

Stadtv. Pangerhans belämpft den Antrag Jubel.

Der Berichterstatter Stadtv. Kalisch weist den Vorwurf zurück, als wäre die Majorität der Versammlung nicht arbeiterfreundlich: Wir haben bereits herzlich viel für die Arbeiter gethan; Sie haben bisher für sie nur herzlich viel geredet. (Beifall und oho!)

Nach einigen persönlichen Bemerkungen wird der Antrag Jubel abgelehnt und die Resolution des Ausschusses angenommen.

Der Etat wird bewilligt. Die Miethsteuer wird nach demselben Prozentsatz wie im Vorjahr erhoben.

Bei der Abtheilung 4 der Steuerverwaltung „Gemeinde-Einkommensteuer“ bemerkt

Stadtv. Heindorf: Es ist eine auffallende Thatsache, die bereits Kollege Jubeil erwähnt hat, daß gerade in diesem Jahre die kleinen Gewerbetreibenden und Arbeiter in ihrer direkten Besteuerung außerordentlich erhöht worden sind. So ist z. B. ein Fischergeselle von der zweiten auf die fünfte Steuerstufe eingeschätzt worden. Nicht ein Fall, hunderte dergleichen Fälle sind uns zu Ohren gekommen. Es ist durchaus falsch, daß die Einkommen der Arbeiter in der letzten Zeit durchgängig gestiegen sind. Und die Arbeiter, die schon unter den indirekten Steuern schwer zu leiden haben, sollen noch direkt geschraubt werden?

Stadtkämmerer Maas und Stadtrath Hagen haben hervor, daß der Magistrat an Steuer-Erhöhungen ganz untheilhaftig sei. Sie würden vorgenommen von den aus der Bürgererschaft hervorgegangenen Kommissionen, welche die Vereinschätzungen zu besorgen hätten. Der einzige Weg gegen zu hohe Einschätzung sei die Reklamation.

Einige kleinere Gats werden genehmigt.

Vor der Abstimmung über den Gesamtetat erklärt

Stadtv. Logherr: Den Gesamtetat anzunehmen sind wir nicht in der Lage. Wir haben zwar für eine Reihe der wichtigsten Einnahmen und Ausgaben gestimmt; unsere Stellung war nicht direkt verneinend, wir sind eingetreten für alles, was für die gesunde und fortschreitende Entwicklung der Gemeinde-Verwaltung erforderlich war. Da aber der Etat nicht eine bloße Aufstellung von Zahlensummen ist, sondern auch ein Gesamtbild der Prinzipien ist, nach denen die Gemeinde verwaltet wird, so müssen wir, die wir mit nicht wenigen dieser Prinzipien nicht einverstanden sind, gegen den Gesamtetat stimmen. Was die Einnahmen betrifft, so richten sich unsere Bedenken hauptsächlich gegen die Miethsteuer. Die Miethsteuer ist fehlerhaft und schlecht, und hoffentlich werden Sie, die Sie fortwährend an ihr reformieren, sie bald zu Grunde reformiert haben. Was die Ausgaben betrifft, so sind die Ausgaben für Bildungszwecke uns nicht zu hoch, eher nicht hoch genug. Sie müssen im Einklang mit dem Zeitgeist bleiben. Wir sind nicht willens, die Verwaltung zu hemmen; das haben wir schon dadurch bewiesen, daß wir, ohne mit der Wimper zu zucken, für die neue 55 Millionen-Anleihe gestimmt haben. Wir müssen die Anforderung stellen, daß unsere Stellungnahme so ernst genommen wird, wie sie gemeint ist. Wir sind zur Mitarbeit entschlossen, behalten uns aber unsere Kritik vor, die auf grundsätzlichen Bedenken fußt. An unseren Grundfragen halten wir fest.

Nach einer kurzen Erwiderung des Stadtv. Kalksch wird der Gesamtetat in Einnahme und Ausgabe genehmigt.

Die übrigen Gegenstände der Tagesordnung entbehren des öffentlichen Interesses.

Schluss 7 1/2 Uhr.

Es folgt eine nicht öffentliche Sitzung.

Tokales.

Für unsere hiesigen Abonnenten liegt der heutigen Nummer unseres Blattes die Bekanntmachung, betreffend die rrs- und Invaliditätsversicherung der Arbeiter, als besondere Beilage bei.

Die sanitären Verhältnisse Berlins nahmen in der Woche vom 9. bis 15. März wieder eine etwas günstigere Gestalt an und auch die Sterblichkeit zeigte eine erhebliche Abnahme und sank auf 21,0 (pro Tausend und Jahr). Insbesondere kamen akute Entzündungen der Athmungsorgane in erheblich geringerer Zahl zum Vorschein, wiewohl die Zahl der durch sie bedingten Sterbefälle noch immer eine größere als sonst um diese Zeit ist. Auch Erkrankungen an Grippe waren selten und wurde aus der der Berichtwoche vorhergegangenen Woche nur noch 1 Todesfall an Grippe gemeldet. Darmkatarrhe und Brechdurchfälle der Kinder zeigten sich ebenfalls nur in wenigen Fällen und endeten seltener tödtlich. Die Theilnahme des Säuglingsalters an der Sterblichkeit war eine geringere als in der Vorwoche. Dagegen haben die Infektionskrankheiten Masern und Diphtherie größere Ausdehnung gewonnen und erstere besonders in der Friedrichstadt, der Schöneberger und Tempelhofer Vorstadt, im Moabit und in der jenseitigen Luisenstadt die meisten Erkrankungen hervorgerufen. Erkrankungen an Scharlach, die sich in Moabit häufiger zeigten, haben etwas abgenommen, Erkrankungen an Unterleibs-Typhus sind nur zwei zur Meldung gekommen. Auch zwei Erkrankungen an Pocken kamen zur Anzeige. Rosenartige Entzündungen des Zellgewebes der Haut, sowie Erkrankungen im Knöchelgelenk waren wieder zahlreicher, auch Erkrankungen an Keuchhusten waren häufiger, die Zahl der durch ihn bedingten Todesfälle etwas größer (17) als in der Vorwoche. Dagegen kamen rheumatische Beschwerden aller Art erheblich weniger als in der Vorwoche zur ärztlichen Beobachtung.

Berlin und der Häringhandel. Deutschlands Bedarf an Häringen, von dessen Deckung ein großer Theil Berlin zu passieren hat, wurde früher fast ausschließlich von Norwegen, Schottland und Bornholm gedeckt. Aus dem Nachbarlande Holland bezog man merkwürdiger Weise nur Sardellen, während holländische Häringe, abgesehen von einem kleinen Theil, den Westfalen aufnahm, nach Frankreich verkauft wurden, welches Landes Bedarf durch die eigene Fischerei nicht befriedigt werden kann. Einige Jahre nach dem deutsch-französischen Feldzuge von 1870—71 begann der holländische Häring in größeren Massen nach Deutschland zu kommen. Seines feinen Fleisches sowie der angenehmen Salzung wegen gelangte der holländische Häring bei uns schnell zu großer Beliebtheit und die Folge davon war, daß die deutschen Abnehmer, zumal ihnen die Reellität der holländischen Salzer gefiel, Holland zu der Bedeutung als deutsche Häringe-Bezugsquelle brachten, welche einst Norwegen und Schottland gehabt hatten. Die gute Bedienung seitens der Holländer führte sogar dahin, daß von denselben auf vorherige Bestellung per Kasse bezogen wurde, während die Salzer anderer Häringeländer ihre Waare nur durch Konfignation in Deutschland abzusetzen vermochten. In wirksamer Konkurrenz mit dem holländischen Häring, dessen Hartheit des Fleisches und leichte Verdaulichkeit der Konsument schämen gelernt hat, vermag nur der norwegische Hering zu treten; beide Sorten gleichen sich auch im angenehmen Geschmack. Schottische Häringe haben ein festes Fleisch und müssen sich ihren Witz mehr landeinwärts von der Küste suchen. Bornholmer Häringe sind direkt hart und von strichigem Fleisch; sie vermochten sich ein Hauptabgabegbiet nur in Süd-Galicien, Kreoation und Steiermark zu verschaffen. Was nun den sogenannten „Matjes-Häring“ anlangt, so wird es interessiren über seine Herkommen zc. zuverlässig unterrichtet zu werden, da das Publikum hierüber meist falsche Vorstellungen hat. Matjes-Häringe werden, mit wenigen Ausnahmen an der Ostküste von England und Schottland gefangen und sie sind nicht im Monat Mai am besten, sondern nur am theuersten, weil der Fang dann noch gering ist. Im Monat Mai sind „Matjes“ noch „grün“ und schmecken süßlich. Im Juni ist der Hauptfang, gegen Ende Juni beginnt die Schmachtszeit der Matjes und Anfangs Juli kann man demnach auf beste Qualität rechnen. Berlin hat nun im Häringhandel eine zweifache Bedeutung, diejenige als Handelsplatz und diejenige als Konsument. Abgesehen von einer ganzen Reihe Handlungshäusern zweiten und dritten Ranges, deren Artikel Häringe sind, hat Berlin 5 Hauptgroßhandlungen für Häringe. Man findet hier jede Art Waare: schottische, norwegische, holländische und bornholmer Häringe. Im Ganzen giebt es etwa 30 Handelsorten, deren Benennung zum Theil in wirklichen Namen, wie z. B. „Matjes“, „Hlen“, „Wib“, „Tornbellies“, „Holländisch Hlen“ zc. zum Theil ein Zeichen,

wie K, KK, KKK besteht und auf den Tonnen ersichtlich ist. Schottische gangbare Handelsorten sind wir mindestens neun, norwegische acht, holländische fünf, bornholmer zwei. Berlin und seiner Vorort Bedeutung im Häringehandel, möge folgendes erhellen: es fährt jährlich durchschnittlich ein: 40 000 Tonnen à 650 Stüd. Die Löhne wüch bis zu 3 Centner und kosteten bis zu 30 M. Dies läßt gleich einem Verbrauch von 200 Millionen Häringen und einem Umsatz von 1 200 000 M. Daß der Häringeverbrauch bei theuren Fleischpreisen ganz bedeutend steigt, können wir in diesem Jahre sehen. Obgleich erst ein Vierteljahr zur Reize geht, schätzt man den Umsatz schon auf 1/3 der Jahresziffer.

Eine Einschränkung des Gebrauchs der Dampfspeise der Lokomotiven ist vom Minister der öffentlichen Arbeiten angeordnet worden. In der betreffenden Verfügung heißt es: Es erscheint geboten, die stärkeren Löhne einzuschränken, soweit als es mit der Sicherheit des Betriebes irgend verträglich ist. Streng soll darauf geachtet werden, daß bei den einzelnen Signalen nicht mehr Löhne mit der Dampfspeise hervorgebracht werden, als die Signalordnung dies vorschreibt. Langgezogene Achtungssignale bei der Vorbeifahrt an den die Einfahrt freigebenden Bahnhofs-Anschlußsignalen sind verboten. Lokomotiven, welche nur kurze Zeit beschränkt, wie die der Berliner Stadtbahn, bedürfen nur kleiner Dampfspeisen mit einem wenig starken Ton. Der Minister ordnet dann namentlich eine Verringerung des lästigen Pfeifens beim Rangierdienste an, wogegen sich die meisten Klagen richteten.

In mehreren Zeitungen hat die Nachricht gestanden, daß die Firma Ludwig Löwe u. Komp. ihren Arbeitern angekündigt habe, daß jeder, der den 1. Mai als Feiertag begehen würde, entlassen würde. Den Arbeitern genannter Firma ist von einer solchen Ankündigung bisher nichts bekannt geworden.

Gehausucht wurde am 26. d. M. in Charlottenburg bei dem Glasmacher Herrn Karl Reinhard ohne Erfolg und bei dem Glasmachergesellen Herrn Gustav Leypold. Hier wurde gefunden und beschlagnahmt: 1. Namensverzeichnis zur Durchsicht der Wählerlisten von vergangener Reichstagswahl. 2. Eine Legitimationskarte vom Zentral-Wahlkomitee und eine Nummer vom „Wahren Jakob“ 1890 — das Kartellbegrüßung!

Wegen Schwindels mit Schloßfreiherrlichen ist geftern, dem „M. J.“ zufolge, ein gewisser Wieland, in der Wilhelmstraße wohnhaft, verhaftet worden. Derselbe erließ Annoncen in den Blättern, in denen er Loose zur Schloßfreiherrliche bot. In einigen fünfzehn Fällen haben Leute darauf Loose bestellt und die geforderten Geldbeträge eingesandt. Da die bestellten Loose nicht eingingen, haben die „Spieler“ den W. — meist kurz vor der ersten Ziehung und zwar telegraphisch — gedrängt — worauf bei demselben dann eine Depesche des Inhalts einlief: „Loose sind bereits abgeschickt“, oder „Loose gehen heute ab“ zc. W. nannte sich seinen „Kunden“ gegenüber in Jirkularen, die er vertrieb, „Bankier“; der Herr „Bankier“ hat aber in keinem der zur Anzeige gelangten Fälle Loose eingesandt, er hat solche überhaupt nie begeben, vielmehr das Geld in seinem Nutzen verwendet. Festgestellt ist, daß W. sich Direktor einer „Allgemeinen Serienloosegesellschaft“ nannte, über deren Existenz wenig bekannt ist.

In einem hiesigen Hotel wurde am 21. Februar die Leiche eines unbekannt, anscheinend dem Kaufmannsstande angehörenden circa 30 Jahre alten Mannes erhängt aufgefunden. Derselbe war 1,65 Meter groß, hatte dunkelblondes krauses Haar, blaue Augen, hellblonden Schnurrbart, defekte Zähne, rundes Gesicht und war untersehter Gestalt. Besondere Kennzeichen: zwei Narben in den Leistengegenden. Bekleidung: reharziger brauner Leberzieher, dunkler Rock mit dem Zeichen: J. Voigt in Leipzig, dunkle Hose und Weste, braungefärbte Hose, weißgewirkte Unterhose, weißes Hemd, grauwollenes Unterhemd, graue Strümpfe, steifer, schwarzer runder Hut, Schnürschuhe; 8 weiße Taschentücher geg. A. B., eines besgl. J. B.; außerdem wurden bei der Leiche gefunden: eine gelblederne Zigarettenschale, 1 Taschenuhr mit schwarzer Schale, 6 Schlüssel, 1 Paar Stulpen mit dunklen, viereckigen Perlmutterknöpfen und 1 Paar braunlederne Handschuhe. Kelognozetten wollen sich melden im Bureau des Reichskommissariats, Kommunikation am Neuen Thor 19, woselbst auch die Sachen aufbewahrt werden.

Bei einem hiesigen Erödler bot vor einigen Tagen eine bisher nicht ermittelte Frauensperson eine Schwarzwälder Uhr zum Kauf an. Nach einer Legitimation befragt, ent-erte sich die Unbekannte unter Jurdaulassung der Uhr und hat sich seitdem nicht wieder sehen lassen. Es wird vermutet, daß die Uhr aus einem Diebstahl herrührt. Die Uhr hat keines weißes Zifferblatt, auf welchem sich auf Holzrahmen in Messingblech geprägte Figuren befinden. Der Eigenthümer wird ersucht, die Uhr in den Vormittagsstunden auf dem Polizeipräsidium Portal V Zimmer 331 besichtigen zu wollen.

Auf drei Agenten, welche für die Massenandrangung nach der Insel Hawaii (Polynesien) Propaganda machen, wird von den Polizeibehörden eifrig gefahndet. Sie schildern in Prospekt das Land in den verlockendsten Farben, obwohl es vielleicht der unangünstigste Platz für Auswanderer ist.

Im Annoncentheil unserer Nummer vom 19. März war ein Fischer G. Wichert erwähnt. Herr Fischer Franz Wichert, Grimmsstr. 35, ersucht uns mitzutheilen, daß er mit dem erstgenannten Herrn nicht identisch ist.

Der Verkehr auf den Wasserstraßen Berlins hat sich im Jahre 1889 auf der Höhe der Ziffern vom Vorjahre gehalten. Die amtlichen Erhebungen verzeichnen 3083 durchgehende, 44 737 angelommene und 44 810 abgegangene Schiffe. Dagegen zeigt das Gesamtgewicht der angelommenen Güter eine Zunahme von 122 010 Tonnen gegenüber dem Vorjahre, während betreffs der durchgehenden und abgegangenen Güter keine Verminderungen zu verzeichnen sind. Das Gesamtgewicht betrug nämlich bei durchgehenden Schiffen 288 067 Tonnen, bei angelommenen 4 851 550 Tonnen, bei abgegangenen 327 538 Tonnen. Unter den angelommenen Schiffen befanden sich 4367 Personen-Dampfschiffe, 1550 Schlepddampfer, 308 Last- bzw. Reitenchiffe, 549 Güter-Dampfschiffe, 37 608 Segelschiffe. Unter den abgegangenen Schiffen waren 4365 Personendampfer, 1826 Schlepddampfer, 368 Lastschiffe, 592 Güterdampfer und 37 199 Segelschiffe. Unter den durchgehenden Schiffen endlich waren 1 Schlepddampfer, 10 Güter-Dampfschiffe und 3072 Segelschiffe. Bezüglich der Güterdampfer ist seit dem Jahre 1888 eine Zunahme von einem Zehntel der Schiffe eingetreten. Was die Fröhe betrifft, so sind 164 mit 10 903 Tonnengehalt durchgefahren und 149 mit 11 533 Tonnengehalt angelommen.

Die allgemeine verbreitete Ansicht, daß Kahllösigkeit entweder eines jener Zeichen sei, durch welche das Greisenalter in unangenehmer Weise sein Herannahen verkünde, oder aber zu jenen Symptomen gehöre, die auf eine etwas „bewegte“ Vergangenheit des Individuums hindeuten, dürfte durch einen Fall seine Widerlegung finden, der dem Berl. Tagebl. zufolge, in der Klinik des Herrn Dr. Lassar jüngst zur Vorkellung gelangte. Eine Dame, die dem Aussehen nach im Anfang der zwanziger Jahre stehen mochte, trat ins Auditorium. Ihre Frisur, die nach der neuesten Mode sich dem Kopf dicht anlegte, hatte die Bewunderung eines Jeden erregen müssen, wenn sie sich nicht bald als eine aus der Kunstwerkstatt eines vortrefflichen Haarstülers stammende „falsche“ Behauptung entpuppt hätte. Auf Ersuchen des Vortragenden nahm die Dame die „Friseur“ ab, und in wundervoller Kahllheit repräsentirte sich der Kopf der Dame, und zwar hatte die Kahllheit in solchem Umfange sich ausgedehnt, daß nicht einmal an der Stelle der früheren Haargrenze eine Linie darauf hingedeutet hätte, daß sich die Dame früher eines natürlichen Haarschmüdes zu erfreuen gehabt hätte. Und doch war das der Fall; aber lang, lang ist's her. In ihrem frühesten Kindesalter bildeten sich die ersten Keime des Leidens, denn um ein solches handelt es sich; in der Mitte des Kopfes wurden die Haare loser, sie fielen aus, und es entstand ein lahler, kreisförmiger Fleck. An anderen Stellen des Kopfes traten ähnliche durch Zerstörung der Haarwurzeln hervorgerufene

Kreise auf, die sich schließlich vereinigten und jene große kahle Fläche bildeten, welche die Patientin schon in der Kindheit zum Tragen einer Perrücke nöthigte. Dieses Leiden, das als Alopecia areata bezeichnet wird, galt bis in die neueste Zeit hinein als unheilbar: erst als man, wie bei den meisten Krankheiten, auch hier als die Krankheit hervorrufende Ursache Bakterien annahm und diese Voraussetzung durch die Beobachtung eine Stütze erhielt, daß nämlich in mehreren Fällen eine Ansteckung erfolgt war, richtete man die Hauptaufmerksamkeit darauf, durch Anwendung von Mitteln, welche die schädlichen Einflüsse zu beseitigen geeignet waren, eine Heilung herbeizuführen, und diese Therapie war vom schönsten Erfolge begleitet. Mit unglaublichem Erstaunen hatte unsere Patientin dem bezüglichen Vortrage zugehört; denn sie schien den Gedanken gar nicht fassen zu können, daß sie es nicht mehr nöthig haben sollte, stets und ständig eine Perrücke zu tragen. Um auch ihre letzten Zweifel zu zerstreuen, wurden ihr die Photographien von Patientinnen vorgelegt, welche mit demselben Leiden behaftet gewesen waren, und von denen namentlich einer die besondere Aufmerksamkeit erregte, weil bei ihm die tüchtige Bazillennutter sich gerade diejenige Stelle als Wohnsitz ausgesucht hatte, wo die Perrücke angebracht zu werden pflegt. Das Bild vor der Behandlung zeigte den jungen Mann mit einer Leichenbittermiene, wohl hervorgerufen durch eine hypochondrische Stimmung, die sich des jungen Mannes mit der Perrücke infolge der mannigfachen Nöthigkeiten seiner Bekannten bemächtigt hatte, — und das Bild nach der Behandlung: da schaute er wieder froh und munter in die Welt hinaus, als ob er dem Leben wiedergegeben sei. Mit herzlichem Dankesworten wegen der schönen Aussicht, die sich ihr eröffnete, enternete sich die Patientin.

Märenkraut bringt Gras und Laub — diese alle landwirthschaftliche Erfahrung bestätigt sich mal wieder so recht in diesem Frühjahr. Durch das warme und trockene Wetter der letzten Tage ist die Pflanzenwelt aus ihrem Winterschlaf erwacht, ja die Sonnenstrahlen haben unglaubliche Wunder bewirkt. Einige Spireen und Fliederarten zeigen bereits grüne Blätter, die Knospen vieler anderer Sträucher und Bäume werden in den nächsten Tagen ausbrechen. Auch die Hasenplage sind schon grün geworden; allen Gräsern voran spricht wie immer das einjährige Wispengras (poa annua), gefolgt von dem englischen Rappgras (loium perenne). In den Vorgärten der meisten Villen blühen Schneeglöckchen, Krokus und Hyazinthen; einen hübschen Anblick gewährt übrigens daselbst auch der Spindelbaum (daphne mezereum), dessen blätterlose Zweige über und über mit rothen Wäthen bedeckt sind. Aus diesen hübschen rothen Wäthen entwickeln sich später nicht minder hübsche rothe Beeren, die aber leider giftig und schon für manches Kind verhängnißvoll geworden sind. In Blüthe steht zur Zeit auch schon der Haselnußstrauch (corylus avellana), welcher bekanntlich an demselben Strauch, jedoch an verschiedenen Stellen, männliche und weibliche Blüthen trägt. Erstere sind die bekannten Käpchen, die letzteren sind unscheinbarer und sehen wie rothe Fäden aus. Am Haselnußstrauch läßt sich für Lehrzwecke manches demonstrieren, aber auch der Pflanzenphysiologie selbst macht in jedem Jahr neue Entdeckungen an den Gebilden der Pflanzenwelt.

Die Stadt- und Ringbahn-Station Halensee ist seit neuerer Zeit mehr und mehr durch das Publikum bevorzugt. Die neuen Vergnügungsgelände, die sich an die Station reihen und die voraussichtlich noch weiter anwachsen werden, lassen für den Sommer eine Steigerung des Verkehrs im großen Maßstabe voraussehen. Auch ist dem Vernehmen nach, um dem dringenden Bedürfnis zu genügen, eine Einschlebung einer Reihe weitererzüge zu erwarten. Um so dringender ist es, schreibt die „Nat.-Ztg.“, die unglücklichen Verhältnisse der gegenwärtigen Gasse zu beseitigen, die noch um vieles ungünstiger sind, als es die weiland in Steglitz vorwaltenden waren. Man darf fest hoffen, daß es nicht einer so erschütternden Katastrophe bedürfen wird, wie an jenem Platz, um Abhilfe zu bringen, wie wollen aber nicht unterlassen, wiederholt auf die Verantwortung hinzuweisen, welche eine Verzögerung eines energischen Eingreifens nothwendig mit sich bringen müßte.

Eine heftige Gasexplosion, bei der ein junger Mann beinahe ums Leben gekommen wäre, ereignete sich am Mittwoch Vormittag gelegentlich der Anbringung einer Gasröhre in einem Hause in Moabit. Die dabei beschäftigten Arbeiter waren mit der Anbringung bereits fertig, als sich ein Gasgeruch bemerkbar machte. Um die Stelle nun ausfindig zu machen, woselbst das Gas ausströmte, leuchtete der junge Mann mit einem Zündhölzchen am Rohr entlang. Ploglich gab es einen hellen Schein, dem eine fürchterliche Detonation folgte. Der junge Mann stürzte von der Leiter herab und blieb im ersten Augenblick besinnungslos liegen. Ein in der Thür der Stube stehender junger Mann wurde durch den Luftdruck in den Korridor geschleudert, während sämtliche Scheiben plachten und allerlei Gegenstände im Zimmer umherflogen. Der Kronleuchter ging zum größten Theil in Stücke. Der von der Leiter herabgestürzte junge Mann, welcher auf der einen Gesichtseite schwere Brandwunden erhalten hatte, wurde in ärztliche Behandlung gegeben. Zuerst schien es, als sei das Auge verloren; es hat sich aber zum Glück noch herausgestellt, daß dasselbe nur verletzt ist und seine Sehkraft dadurch nicht beeinträchtigt werden wird.

Aufforderung. Am Mittwoch, den 2. April, findet im Kreise Brandenburg-Westhavelland zwischen Grawald und dem freisinnigen Hermes Stichwahl statt. Alle diejenigen, die gewillt sind, am Tage der Stichwahl zu helfen, wollen sich am Sonntag, den 30. d. M., Vormittags 10 Uhr, bei Grünfeld, Dresdenstr. 116, einfinden, namentlich werden diejenigen ersucht, die am 21. März dort thätig waren, uns auch diesmal zu unterstützen. Weiters Meldungen nehmen entgegen folgende Personen:

A. Läterow, Mauerstr. 9 III.
Ernst Wilschke, Zunkerstr. 1, Laden.
C. Dimmick, Sebastianstr. 72, S. III.

Polizeibericht. Am 26. d. M. Morgens wurde ein Mann in seiner Wohnung in der Chausseestraße an der Thürkante erhängt aufgefunden. — Als ein 43jähriger Knabe an der Ecke der Legeler- und Triftstraße den Straßendamm überschreiten wollte, wurde er von einem Milchwagen überfahren und erlitt einen Schädelbruch. Der Knabe wurde nach der ertlichen Wohnung gebracht. — Zu derselben Zeit versuchte ein Mann in der Nähe des Bahnhofs Thiergarten sich mittelst Revolvers zu erschlagen. Er wurde noch lebend nach der Charite gebracht. — Nachmittags gerieth ein Arbeiter, während er vor dem Hause Leipzigerstraße Nr. 34 auf einem ihm zur Beaufsichtigung übergebenen Expeditionswagen stand, in Folge Anziehens der Pferde mit dem rechten Fuß zwischen die Räder und das Wagengestell. Er erlitt hierbei eine bedeutende Quetschung und mußte mittelst Drofsche nach der Charite gebracht werden. — Zu derselben Zeit wurde in den Anlagen des Hundelthames ein Mann aus einer Bank stehend krant aufgefunden. Derselbe hatte in selbstmörderischer Absicht Kohlenstaub genommen und verstarb bereits auf dem Transport nach dem Lazarus-Krankenhaus. — Abends erschoss sich auf dem Treppenstiege eines Hauses in der Lüderstraße ein Mann mittelst eines Revolvers. Die Leiche wurde nach dem Schauhaus geschafft. Am 26. d. Mts. fanden Ruheplatzstraße Nr. 18 und am 27. d. M. Morgens Alexanderstr. Nr. 87 kleinere Brände statt.

Gerichts-Beitung.

In dem Ebersfelder Prozeß hat die Staatsanwaltschaft die eingelegte Revision zurückgezogen; auch die in dem Prozeß Verurtheilten haben ihrerseits die Revision zurückgezogen, so daß nunmehr die ergangenen Urtheile rechtskräftig geworden sind.

Ein grober Inzest ist in der Ausschmückung einer im Wesentlichen wahren sensationellen Thatsache zu erblicken. Diese

Sentenz fällt gestern die 66. Abtheilung des Berliner Schöffengerichts in der Strafsache gegen den Zeitungsberichterstatter Ostermann. In der Frühe des 6. November v. J. entdeckte eine Frau Schneidermeisterin M. H. beim Weitreten der Wohnung des Maschinenbauers Julius Hartmann, Volksgartenstraße 10, die Frau V. vor dem Bette am Boden lauern. Der Ehemann lag im andern Bette; da er aber auf die Fragen der Frau M. keine Antwort gab, trat dieselbe näher heran und fand den Hartmann als Leiche vor. Der herbeigeholte Arzt Dr. v. R. m. s. verweigerte die Aufstellung eines Todesbescheins und veranlasste dadurch das Einschreiten der Polizeibehörde und die Einleitung eines Verfahrens auf Ermittlung der Todesursache. Da nun am Abend vor seinem Tode der Verstorbenen eine auf sein bevorstehendes Ableben hinzielende Äußerung gethan hatte, in der letzten Zeit auch Streitigkeiten zwischen den H. s. chen Eheleuten stattgefunden hatten, so benutzte sich die Frau M. dieses interessanten Stoffes, und der Angeklagte verfasste auf Grund der angeführten Umstände einen ausführlichen Bericht, der u. A. in Nr. 242 der „Volls-Bildung“ unter der Spitzmarke „Mord oder Selbstmord“ Aufnahme gefunden hat. In der Notiz war mitgeteilt, daß nachbarschaftliche Einwirkungen des Verstorbenen in der Nacht gehört hätten, daß der Arzt erklärt habe, der Tod könne auch durch dritte Hand erfolgt sein, daß die Polizei das Zimmer versiegelt und einen Posten vor die Thür gestellt habe. Durch die Untersuchung und Sektion wurde alsdann festgestellt, daß H. sich durch Einathmen von Kohlenoxydgas das Leben genommen hat. Der Staatsanwalt beantragte wegen der Uebertreibungen des Schuldigen eine Strafe von 20 M. Der Gerichtshof erkannte aber aus oben mitgetheiltem Grunde auf Freisprechung des Angeklagten.

Eine 6 Jahre in der Schwere befindliche Anklage wegen Unterschlagung ist gestern endlich zu den Todten geschrieben worden. Im Jahre 1883 wurde ein Berufshändler Haase mit einem Genossen wegen Diebstahls angeklagt, von dieser Anklage aber freigesprochen. Daraus entwickelte sich gegen beide Angeklagte eine neue Anklage wegen Unterschlagung, welche jedoch nicht vom Flecke kam und nun sechs Jahre lang in der Schwere ist. Der eine der beiden Angeklagten ist nämlich inzwischen nach Amerika ausgewandert und alle Bemühungen der Staatsanwaltschaft, seiner habhaft zu werden sind erfolglos geblieben. Seit 5 Jahren ist nun gegen den jetzigen Angeklagten eine gerichtliche Handlung nicht unternommen worden und so mußte denn gestern der Gerichtshof nach dem Antrage des Staatsanwalts auf Einstellung des Verfahrens erkennen. Der Antrag des Verteidigers, der Staatskasse auch die dem Angeklagten entstandenen notwendigen Auslagen zur Last zu legen, wurde jedoch abgelehnt.

Aus der feinen Gesellschaft. In der Kullage gegen die Frau Oberamtmann Heuser steht am nächsten Montag wiederum vor der I. Strafkammer hiesigen Landgerichts I Termin zur Hauptverhandlung an. Die noch immer in Untersuchungshaft sitzende Frau ist jene vielbesprochene Dame, welche in der Friedrichstraße ein hochgelegenes Quartier zur Vergnügungstätte für Ledemänner hergerichtet und ihren abendlichen Festen einen seltsamen Glanz zu verleihen gewohnt hatte. Sie ist seiner Zeit unter Preisgabe einer für sie von einem Ödener gestellten Kaution verschwunden gewesen, dann aber der Polizei wieder in die Hände gefallen und sitzt nun schon geraume Zeit im Gefängnis. Der vor einiger Zeit angelegte gewisse Termin, bei welchem es sich um schwere Kuppel handelte, mußte verlagert werden, weil die Hauptzeugin und Tochter der Angeklagten es vorgezogen hatte, nicht an Gerichtsstelle zu erscheinen. Da der Gerichtshof damals beschloß, die Zeugin zu fesseln, dürfte diesmal die Verhandlung zu Ende kommen, doch findet dieselbe, wie es sich für seine Leute schickt, unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt.

Das Messer spielte wiederum eine Hauptrolle in einer Verhandlung wegen schwerer Körperverletzung, die gestern vor der zweiten Strafkammer des Landgerichts I. gegen einen gewissen Ernst Philipp Fischer verhandelt wurde. Am Morgen des 8. November ging der Angeklagte an dem Laden des Schlächtermeisters Hagedorn in der Straußbergerstraße vorüber, als die Thür geöffnet wurde und ein kleiner maulorborber Hund auf die Straße sprang. Der Angeklagte ergriff das Thier und nahm es eine Strecke mit sich fort, bis er von dem nachschellenden Besitzer eingeholt und zur Herausgabe des Hundes genöthigt wurde. Es kam bei dieser Gelegenheit zu einem Wortwechsel, da Fischer beizichtigt wurde, daß er den Hund habe fesseln wollen, während er behauptete, daß er ihn nur aus Mitleid an sich genommen habe. Während der Angeklagte ein Messer hervor und brachte dem Schlächtermeister Hagedorn mehrere tiefe Stiche in Kopf und der linken Hand bei. Die Verletzungen sind noch nicht vollständig geheilt. Der Gerichtshof war mit dem Staatsanwalt der Ansicht, daß gegen das leidige Messerstechen mit aller Strenge eingeschritten werden müsse und wurde deshalb dem Antrage gemäß auf ein Jahr Gefängnis erkannt.

Soziale Uebersicht.

In alle Arbeiter Deutschlands. Wir Arbeiter und Arbeiterinnen der Fabrik von Richard Nibel, Köpnickestr. 50, haben unter heutigem Datum einhellig die Arbeit niedergelegt, da unsere Forderung eine sehr geringe war, nämlich Verkürzung der Arbeitszeit auf 10 Stunden, Lohnerhöhung pro Tag um 25 Pfennig, Ueberstunden für die Arbeiter 10 Pf. Zuschlag, für die Arbeiterinnen 5 Pf. Wir fordern alle Kollegen und Kolleginnen auf, uns in unserem gerechten Kampfe beizustehen, und bitten, uns nach Kräften zu unterstützen, da wir uns gegenseitig verpflichtet haben, die Arbeit nicht eher aufzunehmen, bis unsere Forderungen bewilligt sind. Wir bitten, den Bezug fern zu halten. Mit kollegialischem Gruß. Die Kommission. Sendungen sind zu richten an den Arbeitsnachweis des generellen Hilfsarbeitervereins Säligerstraße 18 bei Niemetschek.

Versammlungen.

Die Tabakarbeiter und Arbeiterinnen hielten am Dienstag Abend eine Versammlung in der Brauerei am Friedrichshain unter Vorsitz der Herren G. Schröder, Neul und Hesse ab, um Stellung zu einer eventuellen Gründung einer Produktiv-Affoziation zu nehmen. Für diese Gründung sprach Herr Otto, indem er folgendes anführte: Die jüngst verkömmerte Lohnbewegung habe einige, wenn auch nur geringe Vortheile für die Tabakarbeiter gehabt. Noch während der Bewegung seien Maßregelungen vorgekommen, so bei Schmeißer, Naule und Martiens. Doch damit nicht genug, sinnen die Fabrikanten auf Mittel, die „Stören rieder“ völlig unschädlich zu machen. Die Fabrikanten hielten zwei Versammlungen ab und beschloßen, eine schwarze Liste anzulegen, auf der schon die Mitglieder der alten, sowie der neuen Lohnkommission eingetragen sind. Man will ihnen keine Arbeit mehr geben. Diese Maßregelungen werden später noch in ockerstem Maße stattfinden, außerdem wollen große Fabrikanten ihre Fabriken nach außerhalb verlegen. Dieses Vorgehen seitens der Arbeitgeber habe in den Köpfen mehrerer Kollegen den Plan reifen lassen, eine Genossenschaftsfabrik zu gründen. Damit sollten nicht die Ideen eines Schulgeldschicks verwickelt werden, die Genossenschaft bedeute nicht als eine Nothwehr gegen den Uebermuth der Fabrikanten. Wohl wisse er (Redner), daß eine solche Affoziation nicht mit dem Großkapital konkurriren könne; er wolle das auch Niemandem weismachen. Ueberhaupt möge man die ganze Angelegenheit nicht als eine Frage des Prinzips, sondern als eine solche der Taktik auffassen und diskutieren. Anderen Gewerken, z. B. den Schlossern u. s. w. werde er nie rathen, eine

solche Affoziation zu gründen, da diese schwer einen Abnehmerkreis für ihre Arbeiten finden würden; anders liege es hier. Das Kapital brauche nur ein geringes zu sein; es sei leicht aufzubringen. Werde die Sache in kleinem Style angefangen und gut geleitet, dann werde die Fabrik auch prosperiren. Auch der nöthige Kredit werde sich finden. Mit einer Affoziation sollten den Kollegen nicht goldene Berge versprochen werden, der Gedanke einer solchen solle aber stets den Fabrikanten als Schreckgespenst vor Augen schweben. Man brauche den Beschluß nicht zu übereilen; Ueberlegung sei geboten. Die Gründung der Affoziation bedeute keine Verletzung unserer Prinzipien, da man nicht im Auge habe, die dort Arbeitenden nach und nach selbstständig zu machen, im Gegentheil sollten die etwaigen Ueberflüsse zu anderen Zwecken verwendet werden; die Genossenschaft solle nur den Opfern des Uebermuthes der Fabrikanten eine Freistadt gewähren. (Beifall.) Der zweite Referent, Herr Werner erklärt sich vornehmlich als einen strikten Gegner jeder Arbeiter-Genossenschaft. Man habe 1868 traurige Erfahrungen gemacht. Diese hielten ihn noch heute davon ab, für solche Einrichtungen zu schwärmen. Erstens sei nicht genug Geld zur Gründung vorhanden. Weiter: Wie sollten Kollegen eingestellt werden, die später gemahregelt werden, wenn kein Platz für sie in der Genossenschaft vorhanden sei? Wollte man die alten Arbeiter aus der Affoziation setzen? Dann werde, so wie 1868, der Affoziation der Kredit unterbunden werden und das Geschäft mache pleite. Heute werde eine Genossenschaft noch schlechteres Versehen und Durcheinander haben, wie vor 22 Jahren, da der Konkurrenzkampf ein viel wüthenderer geworden sei. Wo wolle man das Affoziationsgebiet hernehmen; die Arbeiter lauchten, soweit sie solibarisch denken, schon jetzt von Kollegen, die sich selbstständig machten, weil sie keine Arbeit mehr belamen. Der Fall Nibel bei der Affoziation der Berliner Tischler habe gezeigt, daß die Leute, die solche Sachen leiten, stets eigennützig werden, wenn sie vorher auch noch so ehrlich waren. Redner warnt zum Schluß davor, in denselben Fehler zu verfallen, in den man 1868 verfiel. Es beginnt nun eine heftige, sich bis nach Mitternacht hinziehende Diskussion, während der sich der Saal mehr und mehr leert. Herr Otto erregt wiederum das Wort, um seine Ansichten nochmals zu entwickeln und den Korreferenten zu widerlegen. Er sei durchaus nicht so verblissen darauf, eine Affoziation zu gründen, wenn man ihm ein Mittel angeben könnte, die durch den Streit geschaffene junge Organisation vor dem Untergang, den ihr die Fabrikanten bereiten wollen, zu bewahren. Die Kollegen, die sich hervorthaten und die Bewegung leiteten, müsse man aufrecht halten. Redner hält seine Idee noch für besser, als die, ihnen ein Geschäft zu gründen; das sei noch gefährlicher. Man kann diese Kollegen auch nicht auf ewige Unterthänigkeit hinweisen oder ihnen einen Fußtritt geben. Herr Heilmann macht den Vorschlag, Kontrollmarken einzuführen, wie es die Hutmacher thaten. Herr Witzle weist u. A. darauf hin, daß durch die Affoziation ein schmerzlicher Konkurrenzkampf geschaffen werden würde. Die Affoziation werde nicht so billig liefern können, als Großfabrikanten, da sie nur mit geringem Kapital arbeiten könne und gute Löhne zahlen müsse. Nachdem eine ganze Reihe von Rednern gesprochen, wird die Diskussion geschlossen. Es wird schließlich zur Weiterberatung der Angelegenheit eine Kommission gewählt, der die Herren Otto, Herbold, Dohent, Wotke, G. Schröder, G. Schröder, Werner, Dampel, Hirtze und Butry angehören. Nach einem weiteren Beschluß soll die Frage einer Volksversammlung vorgelegt werden, bevor fernere Schritte in dieser Sache gethan werden.

Der Fachverein sämtlicher an Holzbearbeitungs-Maschinen beschäftigten Arbeiter hielt seine zahlreich besuchte Mitglieder-Versammlung am Montag, den 24. März, bei Säger, Grüner Weg 29, mit der Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn Dolinski über: „Zeitlohn und Stücklohn“. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes und Fragelasten ab. Der Vortrag war für den Verein insofern ein sehr wichtiger, weil ein Theil der Kollegen nur auf Stücklohn und der andere Theil nur auf Zeitlohn arbeitet und infolge dessen stets Differenzen zwischen den Kollegen herrschen. Es sprachen sich infolge dessen verschiedene Redner zur Diskussion im Sinne des Referenten aus und die Versammlung stimmte dem voll und ganz bei. Zum 3. Punkt der Tagesordnung wurden einem franken Kollegen 30 M. aus der Vereinskasse bewilligt. Ferner beschloß die Versammlung, keine Produkte der Blumberger Bauern sowie keine Zigarren von Karl Martiens und Looser u. Wolff und keine Hüte, die nicht mit der Arbeiter-Kontrollmarke versehen sind, zu kaufen. Ferner beschloß die Versammlung, über die Firma von Vogt u. Gremer, Alte Jakobstraße 20, die Sperre zu verhängen wegen Maßregelung eines Kollegen. Nachdem noch verschiedene Anträge erledigt und der Vorsitzende die nächste Versammlung bekannt gemacht hatte, welche am 14. April bei Lehmann, Schwedterstr. 24, stattfindet, wurde die Versammlung geschlossen.

Die Studateneu Berlin und Umgebung hielten am 19. März eine von ca. 200 Personen besuchte öffentliche Versammlung ab. Der Enderufer, Herr W. Schulz, eröffnete dieselbe um 8 1/2 Uhr und werden in das Bureau Herr W. Schulz als 1. Vorsitzender, Herr Marler als 2. Vorsitzender und Herr Janide als Schriftführer gewählt. Der 1. Vorsitzende verliest die Tagesordnung, welche lautet: 1. Vortrag des Stadtverordneten Herrn Jubel über den Nutzen der Gewerkschaftsorganisation. 2. Diskussion. 3. Mittheilung der Vertrauensleute. 4. Verschiedenes. Da Referent nicht erschienen war, so wird zu Punkt 3. Mittheilungen der Vertrauensleute, übergegangen. Herr Montag (Vertrauensmann) theilt mit, daß von dem Sozialbeiner, Herrn Vammer, die 30 M. zurückerstattet worden seien. Kollege Scherbing, ebenfalls Vertrauensmann, spricht über den stattgefundenen Kongreß deutscher Studateneu und die auf demselben gefassten Beschlüsse. Er theilt mit, daß an die Agitationskommission 60 M. geschickt worden seien, welche Summe für Berlin anderen Städten gegenüber, lächerlich sei und feuerte er deshalb die Berliner Kollegen an, sich regen an diese Sache zu betheiligen. Kollege F. Grünberg ist mit diesen Bericht nicht zufrieden und meint, er hätte etwas Besseres, Vollkommeneres erwartet. Hiergegen erregt Kollege Schulz das Wort und sagt, daß dieses nicht an den Vertrauensleuten liege, sondern lediglich an den Kollegen selber. Er verliest einen Artikel aus dem Vereinsblatt über die Leipziger Studateneu und belobt dieselben wegen ihres Vorgehens. Auch verliest er die Städte, in welchen eine Organisation vorhanden ist, und sind nach dieser Aufstellung Berlin und Magdeburg die am schlechtesten organisierten. Redner führt nun weiter aus, daß auch Berlin seiner Zeit gut organisiert gewesen wäre; die Kollegen hätten es aber nicht verstanden, die durch die Organisation erlangenen Vortheile festzuhalten. In Dresden, Leipzig und Chemnitz sei es gelungen, die Lichtarbeit, sowie den Nützlichkeitsbau zu besetzen. In Hamburg ist die Organisation eine frumme. Man kommt nun zu Punkt „Verschiedenes“. Hierzu nimmt Kollege Reihner das Wort und führt aus, daß es in unserem Geschäft schlechter sei, sich zu organisiren, wie in allen anderen Branchen, da sich bei uns zwei fremde Elemente einschleichen, und die Meister tragen ebenfalls einen großen Theil der Schuld. Nach längeren Diskussionen, in denen nur interne Angelegenheiten besprochen werden, wird die Versammlung geschlossen.

Die Berliner Holzhändler hatten zum Dienstag Vormittag eine Versammlung nach dem kleinen Hofsaal in der Volksgartenstraße einberufen, um zu dem Lokutari der Holz- und Bretterträger, der am 1. April in Geltung treten soll, Stellung zu nehmen. Es waren 60 bis 60 Personen anwesend. Die Versammlung wurde vom Holzhändler Schramm eröffnet und übernahm derselbe auch die Leitung der Verhandlungen. Er verlas zunächst das Schreiben, welches die Holz- und Bretterträger an ihre Arbeitgeber gerichtet haben und stellte dann den darin enthaltenen Lokutari zur Diskussion. Derselbe sei entschieden zu hoch, habe aber trotzdem jetzt schon in einzelnen Punkten von mehreren Kollegen bewilligt werden müssen, weil die Arbeiter

nicht billiger arbeiten wollten und die Kähne doch geleert werden mußten, da man andernfalls noch Standgeld und Lagergeld zu entrichten gehabt hätte. Da sich Niemand zum Wort meldete, erbat sich Herr G. F. im Interesse der Holz- und Bretterträger dasselbe; ihm wurde aber der Beschluß zu Theil, daß sich die Versammlung erst über den Tarif aussprechen werde. Nun stand Einer nach dem Anderen auf, um den Tarif zu kritisiren, der natürlich zu hoch befunden wurde und von dem man behauptete, daß er nicht bewilligt werden könne. Ihren Namen nannten die Herren Redner gar nicht. Zwei von den Herren meinten, der Tarif sei von Leuten aufgestellt, die mit den Bretterträgern nichts zu thun hätten und von dem Geschäft auch nichts verstünden. Herr Fischer, Kottbuserdamm, erklärte, er bezahle seinen Arbeitern deshalb mehr, weil die Arbeit mit Umständen und Schwierigkeiten verknüpft sei. Ein anderer behauptete, die Bewegung der Holz- und Bretterträger gehe nicht aus diesen selbst hervor, sondern sei das Werk von Leuten, die in dem heutigen Strom ständen, und diese Arbeiter nur mit hineinziehen wollten. Damit war die Diskussion geschlossen und der Vorsitzende fragte nun, ob man den Vertreter der Arbeiter hören wolle. Dies wurde bejaht. Herr G. F. trat nun vor, bat zunächst um Entschuldigung, weil er uneingeladen erschienen sei und erklärte, daß er eine friedliche Verständigung versuchen wolle. Einer der Herren unterbrach hier den Redner und ersuchte den Vorsitzenden, ihn (den Redner) zu fragen, ob er auch Holzträger sei. Der Redner konnte ihm sehr schwach und jung vor. Herr G. F. erklärte hierauf, daß er bereit sei, mit jedem der Anwesenden die Arbeit aufzunehmen. (Große Unruhe und Ruf: Das wollen wir ja gar nicht!) Herr G. F. wurde nun gefragt, bei wem er arbeite, und als er die Antwort im Hinblick auf eine etwaige Maßregelung verweigerte, fragte der Vorsitzende die Versammlung, ob sie dennoch geneigt sei, den Redner zu hören. Dies wurde unter großer Unruhe verneint. Ein Holzhändler erhob sich und verlangte fogar, daß der Arbeiter den Saal verlassen solle. Dieser Aufforderung stimmte die Versammlung zu und Herr G. F. mußte thatsächlich hinausgehen. Die Herren konnten nun natürlich ganz unter sich bleiben, sie haben wieder einmal ihre Arbeiterfreundlichkeit gezeigt und bewiesen, daß sie nicht einmal die Gründe der Arbeiter hören wollen.

Eine öffentliche Versammlung der Lackirer aller Branchen fand am Montag, den 24. d. M., in Scheffer's Salon, Inselstr. 10, statt, mit der Tagesordnung: „Kapital und Arbeit.“ Referent: Herr Stadt. Otto Klein. 2. Diskussion. 3. Unsere Lohnbewegung und Verschickenes. Herr Klein wurde während des Vortrages mehrmals durch lebhaften Beifall unterbrochen. Eine sehr lebhaft diskutierte entspann sich, als Herr Rautenhaus folgende Resolution einbrachte: „Die heute, am 24. März d. J., in Scheffer's Salon, tagende öffentliche Versammlung der Lackirer sämtlicher Branchen Berlin und Umgebung, erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten vollständig einverstanden; sie erklärt daher, daß nur durch eine Verkürzung der Arbeitszeit unsere wirtschaftliche Lage gebessert werden kann und beschließt, eine neunstündige Arbeitszeit in diesem Jahre zu fordern; in fernerer Erwägung, daß nur durch eine geschlossene Organisation dieses erreicht werden kann, beschließt die heutige Versammlung, sich Mann für Mann dem Verein der Lackirer, Filiale IV, der Vereinigung der deutschen Maler, Lackirer, Antstreicher und verwandten Berufsgenossen anzuschließen. Diese Resolution wurde mit allen gegen eine Stimme angenommen. Abdann wurde einstimmig beschlossen, auf Antrag des Herrn Hoffmann, den 1. Mai als Feiertag zu halten. Nun wurde beschloßen eine Lohnkommission von sieben Mann zu wählen. Gewählt wurden die Kollegen: Schäpfer, Rentz, Franz Müller, Rautenhaus, Stoedel, Hoffmann und Hohmann. Kollege Krumbach wurde als Referentmann gewählt. Rautenhaus machte dann noch auf den Arbeitsnachweis der Lackirer, Neue Grünstraße 14 bei Weyer, aufmerksam und schloß um 1 Uhr der Vorsitzende die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf die moderne Arbeiterbewegung.

Eine überaus zahlreich besuchte öffentliche Schuhmacherverammlung tagte am Montag, den 24. März, in den „Bürgerkäfen“, Dresdenerstraße 96, mit der Tagesordnung: Wie stellt sich die Versammlung zu dem in Böhm's Brauerei gefassten Beschlusse, durch welchen die Lohnkommission beauftragt wurde, die nöthigen Vorarbeiten zu einem event. Streik auszuführen. Referent: M. Wagniski. Redner erklärt, daß es nicht seine Absicht sei, der Versammlung zu einem Streik zu rathen, ebensowenig, dieselbe von einem solchen abzuhalten. Er stelle sich zur Aufgabe, die Verhältnisse zu schildern wie sie liegen, und die Versammlung möge dann nach ihrer eignen Ueberzeugung stimmen. „Drei hinein in's volle Menschenleben“, das mag der Zeit gewesen sein, den der Referent seinem einstündigen Vortrag zu Grunde gelegt. Derselbe schilderte in klarer Weise die traurigen Verhältnisse im Schuhmachergewerbe als auch die erbärmliche Lage der Schuhmachergefellen. Er fährt aus, daß es den meisten derselben nicht möglich sei, wie andere Arbeiter eine anständige Nahrung zu sich zu nehmen, sondern daß dieselben angewiesen seien, die Volkstaschen und Suppenanstalten zu benutzen, um sich kümmerlich ihr Dasein zu fristen. Weiter bemerkt der Redner, daß uns unsere Gegner vorwerfen, wir seien Sozialdemokraten und möchten gerne theilen, das letztere sei aber heutzutage Sache der Arbeitgeber und Unternehmer, denn dieselben theilen den Ertrag unserer Arbeit so mit uns, daß uns dabei die Augen übergehen. Auf die Arbeitsräume näher eingehend, bemerkt derselbe unter allseitiger Zustimmung der Versammlung, daß in Berlin eine Menge Werkstätten seien, bei welchen sich wohl mancher Thierarzt bedenten würde, ob er einem Stück Vieh den Aufenthalt in einem solch dunkeln feuchten und modrigen Raume gestatten solle, und doch müssen viele unserer Kollegen 12-15 Stunden in solchem Raum zubringen, und sei es deshalb kein Wunder, daß bei sehr vielen Schuhmachergefellen ein gewisser Stumpfsinn eingetreten sei, denn eine solche Atmosphäre untergrabe nicht allein die körperliche Gesundheit, sondern auch der Geist wird vollständig gelähmt. Er fordert alle Anwesenden auf, sich dem Verein zur Wahrung der Interessen der Schuhmacher anzuschließen und durch besonnenes und mannhaftes Auftreten zu zeigen, daß sie nicht länger gewillt sind, die armen Lajaraffe der menschlichen Gesellschaft abzugeben. Anhaltender Beifall wurde dem Referenten von der begeisterten Versammlung zu Theil. An der Diskussion betheiligten sich zahlreiche Redner, welche sich meistens im Sinne des Referenten aussprachen und wurde am Schluß folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heutige öffentliche Schuhmacher-Versammlung beschließt den Beschluß in Böhm's Brauerei. Sie verpflichtet sich ferner, Mann für Mann hinter der von der Öffentlichkeit gewählten Lohnkommission zu stehen und so viel wie möglich zum Streikfonds beizutragen. Auch verpflichten sich die Anwesenden, in den Verein zur Wahrung der Interessen der Schuhmacher einzutreten, um so auch die Gewerkschaften fest halten zu können. Ferner beschließt die Versammlung, wömmöglich an dritten Oftertage entgiltig darüber zu beschließen, ob in diesem Frühjahr in eine Lohnbewegung eingetreten werden soll.“ — Auch wurden den streifenden Vorrichtern 60 M. aus dem Streifonds bewilligt. Schluß der Versammlung um 12 1/2 Uhr. Möge der Geist, der in dieser Versammlung geherrscht, sich unter die ganze Berliner Kollegenschaft ausbreiten, dann werden wir, wenn wir in einen Kampf eintreten, auch den Sieg davontragen.

Eine öffentliche Generalversammlung der Maurer Berlins und Umgebung tagte am 26. d. M. im Konzerthause „Sanssouci“ unter Vorsitz der Herren Kerstan, Wagner und Schigowski. Der erste Punkt der Tagesordnung lautete: „Abrechnung der Vertrauensmänner der Maurer Berlins und Umgebung vom Jahre 1889 bis 1890.“ Die Abrechnung umfaßt die Zeit vom 15. Februar 1889 bis zum 1. Februar 1890. Die später eingelaufenen Gelber werden in der nächstjährigen Abrechnung eingestellt werden. Die Abrechnung weist eine Gesamtsumme von 20 634 M. 99 Pf., eine Gesamtausgabe von 19 425 M. 81 Pf., einen Restbestand

